ENTFESSELT

ANARCHIST BLACK CROSS INFO
von ABC Berlin und ABC Orkan

juli-august 08

Anarchist Black Cross Berlin ist ein anarchistischer Zusammenschluss von Individuen, der sich seit einigen Jahren zusammengefunden hat und von einem gemeinsamen Hass gegen diese kapitalistische Gesellschaft und deren Formen des Wegsperrens geprägt ist. Unser Schwerpunkt liegt primär in der Unterstützung anarchistischer und sozialer Gefangener, tendenziell von allen Gefangenen die sich gegen diese Gesellschaft der Ausbeutung und Vereinzelung wehren und ihren Kampf mit emanzipatorischen Inhalten füllen.
Allerdings wollen wir weder eine reine „Gefangenen-Unterstützungs"-Gruppe sein, noch eine die sich nur mit politischen Gefangenen beschäftigt, weil wir generell alle Knäste, Abschiebeknäste und jegliche Zwangsanstalten ablehnen: sie sind keine Lösung für soziale Konflikte, welche aus der aktuellen Organisierung der Gesellschaft entstehen. Auf Grund dessen ist es uns wichtig Antiknastarbeit zu machen, um zu verdeutlichen, wieso Zwangsanstalten besser Baulücken sein sollten.
Durch die Herausgabe eines monatlichen kleinen Heftes (das „Entfesselt"), in Form von Flyern und Broschüren, die Organisierung von Aktionen wie Kundgebungen und Demos vor Knästen, von Infoveranstaltungen zum Thema Knastkritik und über Gefangene usw., versuchen wir in der Szene und im Rest der Gesellschaft bestimmte Diskussionen zu provozieren oder weiter zu führen. Wir versuchen auch Antirepressionsarbeit in einen Kontext zu setzen indem es darum geht, dass es nicht nur wenn ein §129a gegen uns angewendet wird es wichtig ist Antirepressionsarbeit zu machen, sondern das dies immer in Verbindung mit der Infragestellung des gesamten Knastsystems gesetzt werden muss.
Die Abschaffung aller Zwangsanstalten sehen wir nur möglich innerhalb eines Prozesses, welcher die gesamten aktuellen Zustände umwirft.

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

Das Entfesselt ist ein zwei-monatlich erscheinendes Antiknast-Info der Anarchist Black Cross Gruppen ABC Berlin und ABC Orkan. Sie soll über internationalen Prisonersupport und Antiknastkampf informieren sowie dem Aufbau einer Antiknastkultur dienen.
Sollte das Entfesselt bei euch nicht ausliegen, schreibt uns (die Adressen findet ihr auf der letzten Seite) und wir schicken euch so viele Exemplare wie ihr braucht. Wir freuen uns natürlich über Selbstkopierer! Wir können euch Kopiervorlagen schicken, die Entfesselt ist aber auch digital als pdf-Datei auf der Homepages des ABC-Berlin als Download erhältlich.
Einzelabos in Knäste sind natürlich möglich.

Freiheit für alle Gefangenen! Für den Anarchismus!

Eigentumsvorbehalt: Diese Druckschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Druckschrift dem/der Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender/der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt:

Vorwort 4
Aktuelles von Natalja 5
No Prison! No State! 6
Neue ABC-Soli-Shirts 6
Update zut Repression in Neuseeland 6
Antifaschistischer Gefangener in Belarus 7
Hungerstreik von Gefangenen vom 1. - 7. August 7
Über Zwangsarbeit und andere Rechte... 10
Vorworf über Nietzsche wegen dem Brief von Marco Camenisch 13
Brief von Marco Camenisch zum Hungerstreik im Februar 14
Freilassung von Meyer-Falk? 21
Knast und Resozialisierung - warum Resozialisierung scheitern muss 22
Griechenland: Aktionen in Solidarität mit anarchistischen Gefangenen 24
Brief der zwei Anarchisten 27
Repression in Frankreich 28
Update zu den Verhaftungen 29
Eine unvollständige Chronologie der Solidarität 29
Brief von Ivan und Bruno 33
Brief von Isa und Farid 35
Warum ich abgehauen bin - Bruno 36
Einige Soliaktionen, die weltweit vollzogen wurden 38
Solidemo in Tokyo wegen inhaftierten Anti-G8-AktivistInnen 39
Solidemo für Christian und Andrea in Tel Aviv 40
Gefangene werden egen Überwachungskameras aktiv 40
Keine Beugehaftbeschlüsse gegen Christian, Brigitte und Knut 41
Tierrechtsgefangene in Österreich bleiben weiterhin in Haft 42
Bericht von der Demo gegen die Repression in Österreich in Berlin 42
Offener Brief von Jan 43
Ein Kommuniqué vom 05. Juli zu einer solidarischen Aktion 43
Es brennt im Abschiebeknast 44
Redebeitrag von ABC Berlin 51
Termine 52

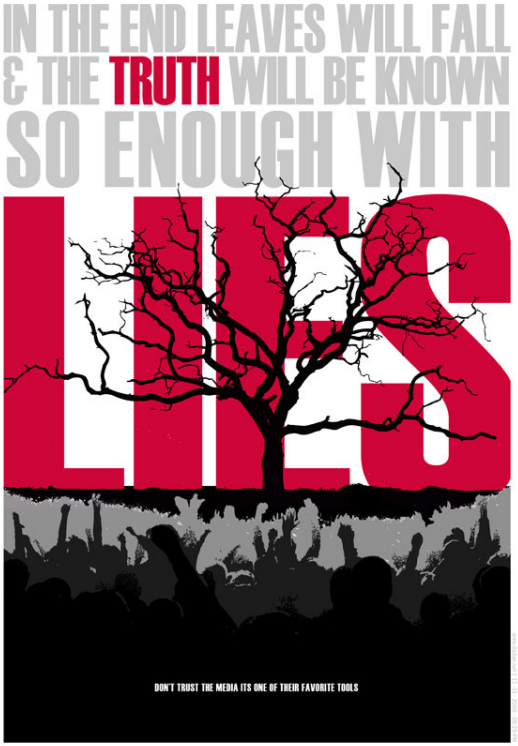
Vorwort

In dieser Ausgabe gibt es wieder viel zu berichten über die leider nicht ausbleibenden Folgen von Kämpfen gegen die herrschen Zustände. Die Staaten und ihre Repressionsorgane sind nachwievor dabei AktivistInnen zu kriminalisieren und in die Knäste zu stecken. Aber solange sich die Verhältnisse nicht geändert haben, werden weltweit Kämpfe gegen Staat und Kapital gefochten werden und die Antwort wird Einschüchterung und Wegsperren sein.
Das es ihnen nicht gelingt überall auf der Welt einzuschüchtern, zeigen die viel-fältigen Formen der Solidarität, die gerade in Frankreich und Griechenland zu beobachten sind. Die AktivistInnen zeigen sich mit „ihren" Gefangenen auf verschiedenste Art und Weise solidarisch und stellen außerdem das gesamte System der Knäste bzw. im allgemeinen Zwangsanstalten in Frage. Solidarität darf kein leeres Versprechen bleiben, sondern muss offensiv und entschlossen sein.

In wenigen Wochen wird in Deutschland ein ungewöhnliches Ereignis stattfinden: über 470 Gefangenen werden in einen Hungerstreik treten. Wir reden von einem „ungewöhnlichen Ereignis" aus verschiedenen Gründen - die Gefangenenbewegung (wenn mensch überhaupt davon sprechen kann) trat in den letzten Jahren eher selten in den Kampf um Zustände in den Knästen, eher waren dies einzelne mutige Beispiele. Große Kämpfe in Gefängnissen gibt schon seit Jahren nicht mehr, besonders seit dem das System der Privilegierungen – um nur eine Maßnahme zu nennen – erschaffen wurde hat ein Entsolidarisierungsprozes s unter den Gefangenen stattgefunden. Viele Gefangenen erzählen, dass die Leute drinnen eher an jeglicher Möglichkeit des Zeitvertreibs interessiert sind, als an der Verteidigung ihre „Rechte" oder daran mit andren in Kontakt zu treten. Wenn wir die Veränderungen in den Gefängnis parallel zu denen in der Gesellschaft ansehen sind wir nicht überrascht, denn es herrscht genauso ein Hang zur Vereinzelung, Individualisierung und ein allgemeines Desinteresse an einer Veränderung der aktuellen Zustände vor.
Deshalb begrüßen wir sehr die Selbstorganisierung der Inhaftierten in der Hoffnung, dass dies für längere Zeit bestand haben wird und weitere Aktionen zur Folge haben wird. Überlegt euch Soli-Aktionen, damit die drinnen davon Notiz bekommen, dass sie nicht allein sind.

Unser Kampf gegen alle Zwangsanstalten ist nur ein Teil unseres Kampfes gegen Herrschaft und Kapitalismus.

Knäste zu Baulücken!



Aktuelles von Natalja

Am 23. Mai wurde Natalja in die JVA Aichach verlegt. Als sich sich noch in Neudeck befand wurde offensichtlich eine Mitarbeiterin eines Verfassungsschutzes als Mithäftling getarnt zu Natalja in die Zelle geschleust. Diese versuchte zunächst sich Nataljas Vertrauen zu erschleichen. So gab sie sich als - in die bürgerliche Gesellschaft integrierte - Linke aus. Insbesondere versuchte sie Mitleid zu erwecken. Ein schweres Schicksal und Krankheit täuschte sie vor, wegen der sie auf wichtige Medikamente angewiesen sei. Diese entpuppten sich sich jedoch als Vitamin-C-Präparat. Im zweiten Schritt versuchte die Eingeschleuste Natalja Fragen zu persönlichen und politischen Themen zu stellen.
Sie bot Natalja sogar Geld an! Dieses sollte Natalja über dritte erhalten. Dabei äußerte die VS-Mitarbeiterin keinen direkten Wunsch nach Gegenleistung. Doch sie deutete an, dass sie längerfristige Interessen verfolgte.
Natalja konfrontierte die Eingeschleuste direkt mit dem Vorwurf, sie arbeite für den Verfassungsschutz.. Doch diese beharrte weiterhin unglaubwürdig auf ihrer Coverstory. Noch kurze Zeit musste Natalja trotzdem auf engstem Raum 22 Stunden am Tag mit ihr ausharren, bevor sie durch eine Blitzentlassung wieder zurückgezogen wurde. Blitzentlassungen sind bei Spitzeln üblich, etwa auch bei Undercoverdrogenfahndern der „gewöhnlichen" Polizei, die regelmäßig in Knästen operieren.
Für welchen Verfassungsschutz (z. B. den Bayerischen, den Hessischen) die Frau „arbeitet" ist unklar. Undemokratische Staaten scheinen zur Aufrechterhaltung von Unrecht und Unterdrückung auf den Einsatz derartiger Spitzel angewiesen, die sich das Vertrauen von Oppositionellen erschleichen sollen. So verwundert es nicht, dass sich auch die BRD heimlich dieser Methode bedient.
In Aichach wurde sie zu einem Gespräch geholt, in dem die Soli-Post thematisiert wurde. In offensichtlich pseudo-freundlicher Art wurde länger mit ihr geredet, aber auch versucht sie einzuschüchtern: die politischen Texte, die sie bekomme, dürfe sie nicht an andere Gefangene weiter geben. Denn dadurch könne sie einen schädlichen Einfluss auf die anderen nehmen. Politisches Informationsmaterial ist für die Vertreter des Staates also etwas Schädliches! Sie fürchten Worte…
Nachdruck verliehen wurde dem Verbot Mitgefangenen Informationsmaterial zu geben mit Drohungen, bei denen es sich jedoch um mehr oder weniger hohle Drohungen handelte.
Leider besteht zudem der Verdacht, das einzelne Briefe verschwunden sind. Das soll heißen, sie wurden nicht offiziell sichergestellt, kamen aber auch nie an. Also merkt euch, wann ihr Briefe abgeschickt habt und fragt nach, wenn ihr ein komisches Gefühl habt, das euer Brief abhanden gekommen ist.

Schreibt Karten und Briefe:
Natalja Liebich
Münchener Strasse 33
86551 Aichach

Weitere Infos:
web: http://natalja.blogsport.de
mail: natalja@hushmail.com

Anfang Juli berichtete Natalja vom Tod einer politischen Mitgefangenen
Am 22. Juni 2008 nahm sich eine politische Mitgefangene in der JVA Aichach das Leben. Zuvor war sie trotz bereits bestehender Suizidgedanken und Suizidversuche weiter in Verzweiflung und letztlich in den Tod getrieben worden.
Der Fall der Gefangenen hatte in der Öffentlichkeit und in den Medien für Aufsehen gesorgt. Es handelt sich um Frau Luthardt, die für den Bau vom Bombenattrappen, mit denen sie gegen den Irakkrieg protestieren wollte, verurteilt worden war.
In der Haft verhielt sie sich unbeugsam und ließ sich nicht einschüchtern. So wurde sie zahlreichen Schikanen ausgesetzt . Mit dem Eingesperrt-Sein und den Schikanen kam sie psychisch nicht zurecht.

Offensichtlich zündelte sie immer wieder, um sich mit Hilfe des giftigen Rauchs umzubringen. Zum Glück ohne Erfolg. Sie selbst äußerte immer wieder Suizidgedanken und auch Mithäftlinge wiesen wiederholt auf die Gefahr hin.
Dessen ungeachtet wurde Frau Luthardt immer weiter für ihre Aufsässigkeit bestraft. Systematisch wurde sie fertiggemacht, um sie zu brechen. Sie wurde von den Mitgefangenen isoliert, der Kontakt zur Außenwelt (z. B. Besuche von außen) wurde gestrichen. Sie konnte ihre seelische Not niemandem mehr mitteilen. Weder Freunde von außen noch Inhaftierte waren mehr in der Lage ihr Beistand zu leisten. Durch die Isolation konnte auch kein Mitgefangener einen Suizidversuch rechtzeitig bemerken und verhindern bzw. Hilfe holen. Das müsste den Verantwortlichen, die die tödlichen Maßnahmen verhängt hatten, bewusst gewesen sein.
Ein Gefängnisarzt hätte vielleicht helfen können, doch dieser dürfte kaum zum Wohle der Patientin gehandelt haben. Er sagte er ihr, er wolle sie brechen.
Am 22. Juni hatte Frau Luthardt nicht gezündelt. Sie wurde erhängt in ihrer Zelle gefunden. Ihr letzter Brief wurde zensiert.

No Prison! No State!

internationales Anti-Knast Wochenende

Staatliche Repression gegen AktivistInnen aus linksradikalen, anarchistischen sowie anderen revolutionären bzw. sozialen Bewegungen nimmt stetig zu. Dem Thema Knast wird trotzdem zu wenig Aufmerksamkeit gegeben. Obwohl wir in Zeiten von weltweiten Anti-Terror-Gesetzen, innerer Sicherheits-Stimmung, Datenspeicherung und Ermittlungsmethoden wie Paragraf 129 a/b immer öfter mit der letzten Stufe der Repression, Knast konfrontiert werden.
Vom 26.-28. September wird in der Alten Meierei/Kiel ein Anti-Knast Wochenende unter dem Motto „No Prison!-No State!" stattfinden, bei dem neben aktiven Anti-Knast-Zusammenhängen auch alle anderen interessierten bzw. aktiven Zusammenhänge und Einzelpersonen aus der autonomen anarchistischen und linksradikalen Bewegung aufgefordert sind sich über das Thema zu informieren und sich damit auseinander zusetzen. Neben Informationen von Antiknast Gruppen aus ganz Europa wird es Aktionen und eine große Soli-Party geben. Weitere Infos werden folgen.
Kontakt: *noprison_nostate@riseup.net*

Neue ABC Soli-Shirts

Nach einer langen Nacht in einer gemütlichen Siebdruckwerkstatt eines tollen Wohnprojektes könnt ihr jetzt über unsere E-Mailadresse oder beim ABC-Cafe in Hamburg unsere neuen schicken Solishirts für 10 € erstehen.
Mit etwas glück sind bis dahin sogar Soli-Aufnäher für die in Österreich angeklagten TierrechtlerInnen fertig.

...außerdem neu...

Broschüre „Runde Augengläser, Aufgewärmte und der Linkenhass der Gaardener Polizei"
Die Antirepressionsgruppe 1. April aus Kiel hat ihren abschließenden Rückblick und eine Zusammenfassung der Ereignisse in eine kleine Broschüre mit passendem Titel gebannt. Diese ist bei der Roten Hilfe Orstgruppe Kiel, beim ABC Cafe in Hamburg oder auch über das ABC-Orkan erhältlich.

Update zur Repression in Neuseeland

Am 19. Juni fand in Hamburg in der roten Flora eine tolle Infoveranstaltung zur aktuellen Repression gegen indigene und anarchistische AktivistInnen in Neuseeland statt. Neben einem kurzen Film und einem guten Fotobericht wurde über die aktuellen Entwicklungen berichtet.
Vom 1.-30. September werden die Vorverhandlungen (Beweisaufnahmen) für 20 Angeklagte in Auckland stattfinden. Hier wird entschieden, ob genügend Verdachtsmomente vorliegen, um das Hauptverfahren zu eröffnen und welche Beweismittel und Zeugen zugelassen werden. Die Hauptverhandlung (Urteilsverkündungen) wird nicht vor Mitte des nächsten Jahres stattfinden.

Am 30. August 2008 (d.h. unmittelbar vor Beginn der Vorverhandlungen) wird ein internationaler Aktionstag zur Forderung der Einstellung der Verfahren stattfinden. Also seit kreativ oder macht wenigstens was. Ein paar Freunde haben wir alle und ein Megaphon lässt sich bestimmt auch auftreiben ;-)
Bis zu diesem Zeitpunkt sind allerdings keine wesentlichen Gerichtstermine angesetzt, obwohl noch einige Anträge auf Lockerung der Auflagen beim Gericht liegen. Ende August wird ein Buch über die Verfahren rechtzeitig zu Beginn der Verfahren veröffentlicht. Ausserdem soll es im Juli einen neuen Film über die Verhaftungen geben, der hoffentlich auch für Veranstaltungen zur Verfügung stehen wird.
Falls deine Gruppe, dein Hausprojekt, dein Freundeskreis sich mit dem Kampf in Neuseeland solidarisieren will, nehmt Kontatk auf, entweder direkt in Neuseeland (*www.october15thsolidarity.info/de*) oder über das ABC Orkan (*abc-orkan@riseup.net*)

Antifaschistischer Gefangener in Belarus

Im November 2007 kam es in Brest, nicht weit entfernt vom Club „Kirpich" wo ein Ska und Reggae Konzert stattfand, zu einem Kampf zwischen Antifas und rechten Hooligans vom Fussball Dynamo Brest. Nach dem Kampf wurden drei Antifas angeklagt wegen „Hooliganism, verübt in einer Gruppe".
Am 14. April sollte deswegen der Prozess stattfinden, aber am Tag davor hatte einer der drei („Kucher") eine Auseinandersetzung mit Gopniks (Personen einer kriminellen osteuropäischen Subkultur). Dabei brach er einen von ihnen den Kiefer. Der Prozesstermin wurde daraufhin wurde verschoben, ein neuer steht noch nicht fest und Kucher bekam weitere Anklagen (u.a. schwere Körperverletzung). Außerdem wurde er ins Gefängnis gesteckt, um dort auf den Prozess zu warten. Er ist ein guter Gefährte, deswegen gebt ihm bitte moralischen Support und schreibt ihm:

Yuri Yurevich Milevskiy
SIZO #7 kamera 38
g. Brest, ul. Karla Marksa 86
224000 Belarus

Besser wäre es, wenn ihr die Adresse auf Kyrillisch schreibt. Unter *www.avtonom.org/index.php?nid=1881* könnt ihr diese kopieren.

Hungerstreik von Gefangenen vom 1. - 7. August

Vom 1. bis 7. August wird es in deutschen Knästen einen kollektiven Hungerstreik geben. Hierzu der Aufruf der Interessenvertretung Inhaftierter vom 15.6.2008 und ein Brief von Gabriel (inhaftiert in Aachen - einer der Aachen2), in welchem er seine Gründe zur Unterstützung darlegt.

Werdet aktiv und zeigt den Gefangenen, dass sie mit ihrem Kampf nicht allein gelassen werden. Schreibt Faxe während der Woche, wie Gabriel es fordert - Adressen sind am Ende seines Briefes zu finden, und werdet auf andere Arten aktiv.

Solidarität ist eine Waffe! Power durch die Mauer - bis sie bricht!

Rundbrief 4 - 2008 der Interessenvertretung Inhaftierter vom 15.6.2008

Hungerstreik von (bislang) 478 Inhaftierter bundesweit in 29 Haftanstalten.

... die Iv.I teilt, dass für den Zeitraum 1. - 7. August 2008 ein bundesweiter Protest-Hungerstreik von derzeit 478 Inhaftierten in 29 Haftanstalten durchgeführt wird, welchem sich bis dahin sicherlich weitere Gefangene anschließen werden. Inwieweit sich die teilnehmenden Gefangenen zeitlich beteiligen werden, bleibt jeder(m) Einzelnen(m) überlassen. Sinn und Zweck des Hungerprotestes, welcher lediglich Auftakt weiterer vollkommen legaler

Protestaktionen sein wird, ist es, den durch Willkür- und Schikaneakte,durch vorsätzliche Rechtsbeugung, unterlassene Hilfeleistung, durch Psychoterror und Folter geprägten Alltag in deutschen Haftanstalten anzuprangern und Veränderung zu schaffen. Das Strafvollzugsgesetz wird nachweislich auf allen Ebenen und vielen Bereichen nachweislich ignoriert und somit von Amtsträgern aus offensichtlicher Bequemlichkeit und Kostenersparnis vorsätzlich gebeugt. Rechtswidriges und teilweise als kriminell zu bezeichnendes Vorgehen diverser Vollzugsbehörden wird von offizieller Seite durch pauschales Bestreiten der Missstände und Nichtverfolgung verschleiert und gedeckt. Dies trifft insbesondere auf die JVA Bielfeld-Brackwedel. zu. Diese Missstände anprangernde Inhaftierte werden systematisch auf das Übelste psychoterrorisiert und sollen offensichtlich auf diese Weise mundtot gemacht werden. Dies trifft auf viele Gefangene zu und insbesondere auf die in der JVA Bielfeld-Brackwede I inhaftierte Nadine T., welche dort als offizielle Iv.I. Repräsentantin fungiert. Die durch den Abteilungsleiter B. und durch die Bereichsleiterin H. über einen langen Zeitraum inszenierten (teilweise sehr subtilen) Willkür- und Schikaneakte müssen zwingend als vorsätzlich fortgesetzte Folter und als kriminell bezeichnet werden. Über all das ist Frau T. zwischenzeitlich ernstlich erkrankt. In absolut rechtswidrigster Weise wurde Frau T. aufgrund abstrakt zusammen konstruierter Vorwürfe durch Separation in Isolationshaft verbracht (der dbzgl. genaue Sachbestand ist momentan nicht bekannt) und wird auch dort immer weiter terrorisiert. Wir müssen vermuten,dass Frau T. durch all das in Resignation und Verzweiflung gebracht und vielleicht auch zu Übergriffshandlungen gereizt werden soll. (In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Geschehnisse um den Gefangenen J.Z., dessen Übergriffshandlung als angeblicher Geiselnahmeversuch propagiert wurde ... Wir berichteten darüber!!) Frau T. war derzeit in der JVA Köln Opfer sexueller Nötigung durch Vollzugsbeamte. Es erfolgten rechtskräftige Verurteilungen ...nichtsdestotrotz wird Frau T. vom psychologischen „Dienst" der JVA Bielefeld vorgeworfen, sie würde sich all das damit zusammenhängende nur „einzubilden". Der jetzt stattfindende Hungerprotest ist Nadine T. gewidmet, welche jedoch nur stellvertretend für viele andere Inhaftierte steht!!! Viele, fast alle Inhaftierten haben im Falle von Beschwerden berechtigte Angst vor den dann automatisch folgenden Retourkutschen in Form von Willkür und Schikane, vorsätzlich falscher, negativer Prognosen im Bezug auf angestrebte Entlassungen usw. usw. Die Liste des dann stattfindenden Psychoterrors ist lang. Wer sich hierdurch nicht einschüchtern lässt, wird durch konstruierte Vorwürfe kriminalisiert und in absolut inhumane Isolationshaft verbracht (es gibt dort für Gefangene keine Zeugen ... welche den Terror bestätigen könnten...) oder „vom Regen in die Traufe" mit „schönen Grüßen vom Korpsgeist" in die nächste JVA entsorgt, wo der Terror dann meist übergangslos fortgeführt wird. Ordentliche Untersuchungen finden so gut wie nie statt, übergeordnete Stellen decken all dies und schauen weg. Effektiver Rechtsschutz wird Gefangenen fast unmöglich gemacht. Die Anstaltsleitung Bielefeld-Brackwede I ist Paradebeispiel hierfür!!! Die im September 2007 von insgesamt 330 der dort Inhaftierten unterzeichnete Beschwerdepetition, welche als „Spitze des Eisberges" 32 Beschwerdepunkte umfasste, wurde ohne offizielle Untersuchung seitens de Justizministeriums NRW, der Strafvollsteckungskammer Bielefeld (Richter Hansmeier), dem „Ombudsmann„ NRW als angeblich in allen Punkten unbegründet pauschal verworfen. Gespräche mit dem Ombudsman und dem Beirat wurden durch Anstaltsleiter Dammann „als nicht sinnvoll" verwehrt. Die Zustände in der JVA Bielfeld werden nach außenhin „schöngeredet", der Alltag für Gefangene hinter den geschönten ‚Kulissen' der Anstaltsleitung, welche der Öffentlichkeit präsentiert werden, sieht anders ganz anders aus. Die Verantwortlichen in übergeordneter

Position wissen sehr wohl darum. Bestreiten dies aber, denn Veränderung würde Personal und somit Geld kosten. Anstatt dieses bereitzustellen, wird jedoch das Strafvollzugsgesetz missachtet und weiterhin auf allen Ebenen gebeugt. Dies schafft nicht Resozialisierung, sondern Rückfall, welcher hierdurch geradezu programmiert wird: Sich beschwerende oder klagende Gefangene (von denen es leider viel zu wenig gibt!!!) werden als „renitent", „notorisch-querulant" und/ oder als „psychisch gestört" und „Lügner" bezeichnet und diffamiert.

Die Iv.I. (im Zusammenschluss mit anderen Initiativen und Vereinen) fordert alle Gefangenen der BRD auf, ihr Beschwerde-/Klagerecht in Anspruchzunehmen und die rechtswidrigen Haftbedingungen hierdurch anzuprangern.

Erst wenn 5-10. 000 der insgesamt 80.000 Gefangenen und deren Familienangehörige Klagen und Beschwerden bei den zuständigen Justizministerien und Strafvollzugskammern einreichen, jeder pro Monat 5-10 oder mehr Klagen und den Staat mit dem Dreck konfrontiert, den Vollzug veranstaltet, erst dann sind die Anfänge für Veränderung gegeben. Iv.I. fordert ganz ausdrücklich nicht zur „Meuterei" o.ä. auf, sondern zu ganz legaler Gegenwehr innerhalb der rechtlichen Möglichkeiten. Nur durch derartiges Vorgehen wird Vollzug die Missstände nicht weiterhin als angeblich frei erfunden abtun können und so verschleppen und verschleiern.

Ganz ausdrücklich fordert Iv.I. die Abschaffung von Haftkosten, der Verpflichtung zur Arbeit (ohne das Recht auf Beschäftigung zuhaben), die Abschaffung der Isolationshaft/Trakte, der lebenslänglichen Freiheitsstrafe und der Verhängung von s.g. Sicherungsverwahrung. (Sämtliche Forderungen der Iv.I. wurden 2007 im Manifest festgeschrieben.)

Iv.I. ist Folgeorganisation der 1999 in der JVA Bochum durch 70 Gefangene mitgetragenen unzensierten Gefangenenzeitung ‚Pranger' (mittlerweise eingestellt) und wurde 2005 in der JVA Werl von 30 Gefangenen als berechtigte Notwehraktion gegen Bedrohung, Nötigung, Körperverletzung, unterlassene Hilfeleitung, Willkür, Schikane, Psychoterror, vorsätzliche Rechtsbeugung u.v.m. ins Leben gerufen. Zur Zeit besteht die Iv.I. aus ca. 670 Mitgliedern, von denen ca. 5% aktiv mitarbeiten.

Iv.I. fordert die Bundesregierung und Landesvertretungen auf, von ihrer verfehlten und idiotisch zu bezeichnenden Sparpolitik (im Bezug auf Privatisierung/ Einstellungsstop von Fachkräften wie Psychologen und Sozialarbeiter und sonstigen Vollzugsbediensteten) unverzüglich abzulassen. „Wegsperrvollzug"ist bewiesenermaßen kontraproduktiv und auf ‚lange Sicht' betrachtet sowohl gefährlich ... als auch teurer!!

Iv.I. fordert die Bundesregierung und Landesvertretungen auf, dafür Sorge zu tragen, dass kritische Post diverse Gefangeneninitiativen und Vereine nicht permanent mit nichtigen, vorgeschobenen „Begründungen" angehalten wird und/ oder (wie es immer häufiger der Fall ist) gänzlich verschwindet. Zwar wird das Verschwinden solcher Postsendungen stets auf die DP AG geschoben; aber es sind sicherlich nicht nur „Postdohlen", sondern in der überwiegenden Anzahl solch verschwundener Sendungen „Grün- und sonstige Mistfinken" daranbeteiligt. Die Post AG hat kein Interesse, immer wieder gerade solche Sendungen verschwinden zu lassen ...In diesem Zusammenhang fordern wir auch ganz ausdrücklich, dass Gefangenen die Abgabe von Beschwerden, Klage und sonstigen Eingaben durch die sie im Empfang nehmende Beamte des Vollzuges in schriftlicher Form bestätigt werden und dass solche Sendungen in einem offiziellen Abgabebuch dokumentiert werden. Vielfach ist es leider so, dass Gefangene oft genug zu hören bekommen, die hätten überhaupt nichts Derartiges abgegeben, was

sie natürlich auch nicht beweisen können, und wodurch es dann zu Fristversäumnissen und ablehnenden Bescheiden kommt. Von allein lösen sich solche Schreiben nicht auf, und sie verschwinden immer nur dann und deswegen, weil „jemand" nachhilft, Hinter alle dem steckt von uns vermuteter Diebstahl, Unterschlagung zum Zwecke des Verschleierns. Alles Weitere zur Iv.I. auf schriftliche Anfrage und Übersendung des hierfür benötigten Porto in Höhe von 1,45 Euro.

Mit freundlichen Grüßen Peter Scherzl

Über Zwangsarbeit und andere Rechte...

Am 28 März dieses Jahres erscheint auf dem Tele-Text des WDR eine aufschlussreiche Nachricht: Die Gefangenen produzieren 5 Millionen Euro.

Dieser Artikel bezeugt zusammengefasst, dass allein in den Gefängnissen des Rheinlandes (wahrscheinlich ist NRW gemeint) die Gefangenen 2007 44,9 Millionen Euro Profit durch ihre Arbeit hervorgebracht haben. Im Vergleich zu 2006, wo diese Gewinne 4,45 Millionen Euro betrugen, hat sich die Produktion noch gesteigert ...

In einer Pressekonferenz bestätigt die NRW-Justizministerin Müller-Piepenkötter in Bezug auf diese Daten zynisch, dass die Beschäftigung der Gefangenen eine wichtige Zielvorgabe ist, um sie in die Kultur der Arbeit zu integrieren. (ohne Anführungszeichen, da über 2 Kurven zurück übersetzt) Und etwas später: Die Selbstfinanzierung der Anstalten durch die Arbeit der Gefangenen macht die Angelegenheit so erträglicher (ohne Anführungszeichen s.o.).

Es lässt sich zweifellos nicht leugnen, dass die erlauchte Ministerin eine mutige Person ist. Es gibt wenig Länder, die es wagen Zahlen zu nennen bezüglich der abgetauchten Wirtschaft ihrer Gefängniseinrichtungen.

Ich (wiederum) glaube, dass die Lektüre ihrer Aussage kein Missverständnis erlaubt. Es ist klar (völlig legal und im Scheinwerferlicht der Medien): der Gefangene muss arbeiten und zusätzlich beitragen zu den Kosten, die sein Eingesperrtsein für den Staat verursacht. Worüber man natürlich nicht spricht, weder die Ministerin noch andere bekannte Fachleute, das ist das interne Funktionieren der Gefängnisse inklusive der Mechanismen der Zwangsarbeit. Nicht, weil die etwa illegal wären, sondern weil, je weniger man über diese Bedingungen weiss, um so weniger stellen sich Fragen, entwickelt sich Kritik. Immer unter der Voraussetzung, dass solche Informationen überhaupt jemanden interessieren (was in diesem Land nicht der Fall ist) ...
(...)
Wenn ich sage, dass es in diesem Land kein Interesse gibt die Zustände zu entlarven, beziehe ich mich aufs Allgemeine (das, was sie öffentliches Interesse nennen, so als sei das wirklich für jemanden von Bedeutung), denn es gibt immerhin Betroffene und Interessierte.

Es gibt beispielsweise in den Gefängnissen eine Vereinigung und ein Kollektiv von Gefangenen (von außen unterstützt durch einige Rechtsanwälte etc.) die seit Jahren ankämpfen gegen Machtmissbrauch, Psychoterror im Gefängnis, die Haft- und Arbeitsbedingungen etc. etc. Diese Organisation nennt sich Iv.I (Interessenvertretung Inhaftierter), was so viel heisst wie ... (... naja, noch mal übersetzt brauchen wir das im Deutschen nicht/d.Ü.))

Unabhängig davon, ob ich die Interessen, die sie vertreten und die Mittel, die sie einsetzen (Klagen, Beschwerden, Anschreiben an Massenmedien), von dem Augenblick an, wo sie aufbegehren und dafür isoliert und zerstreut werden usw. bin ich als Libertärer an ihrer Seite.

Wie auch immer, nach direktem Kontakt im Gefängnis mit einem ihrer „Repräsentanten" und in Folge von Gesprächen und Auseinandersetzungen haben wir

beschlossen einen Hungerstreik zu machen, um zu protestieren gegen die Isolationsbedingungen von Nadine Trivian (eines der Mitglieder der Organisation) sowie gegen ihre Internierung und Verschleppung in ein Gefängnis, in dem sie sich in einer völlig feindseligen Umgebung befindet, weil sie (zusammen mit anderen Gefangenen) einen Schliesser (Gefängnisaufseher, Büttel) für Vergewaltigung und sexuellen Mißbrauch in „Ausführung seiner Funktionen" angezeigt und zur Verurteilung gebracht hat.

Ich bringe meine bedingungslose Solidarität ein für diese Genossin und die politische Arbeit des Zusammenschlusses Iv.I (und die Genossen, die Teil davon sind). Aber meine Solidarität geht über den konkreten Fall hinaus, um sich auszubreiten gegen jede Einrichtung des Einsperrens und Bestrafens, gegen jede lebenslängliche Verurteilung oder Todesstrafe und gegen jedes System der Isolation und Folter.

Der Hungerstreik wird stattfinden zwischen dem ersten und siebten August, und wer seine Solidarität zeigen will, kann das eigenen Maßstäbe entsprechend tun: Faxe ans Justizministerium in Düsseldorf schicken, an das Gefängnis, wo sich Nadine befindet, an deutsche Konsulate usw,, nur mal als Beispiele ...
(...)
Was die innere Organisation der Gefängnis-Industrie (um dem Ding einen Namen zu geben) in Deutschland betrifft, muss man erklären, dass es eines der repressivsten in Europa ist. Die Repression ist nicht schwankend (bzw konjunkturbedingt)) etwa wie mit Schliessern, denen die Hand ausrutscht), sondern systematisch ... Das heißt das ganze „System" und die Abläufe (Polizei - Justiz - Knast) sind entworfen, juristische Zusammenbau-Verurteilungs-Fracen und weitere Verurteilungen herzustellen, die die Gefängnisse mit Produktivkräften füllen (Subproletariat), die zum Arbeiten gezwungen werden. So wird der Gefangene zum Gläubiger (Kreditor) des Staates, sowohl für die Kosten der Justiz (- es nützt ja nichts sich als „insolvent" zu erklären, da das Gefängnis dir eine Arbeit „anbietet" und du mit dieser Arbeit das zahlen kannst, was du dem Staat schuldest -) als auch für die Bezahlung der Zelle: Bett, Bettwäsche, Wäscherei, Mahlzeiten usw.

Unbeugsame und Unempfängliche gegenüber dem Gefängnis-System sind selten. Die ungeheuere (maßlos große) Mehrheit akzeptiert die Bedingungen, gutwillig oder widerwillig, denn für den gegenteiligen Fall sehen sie sich gegenüber der Verweigerung des notwendigen Geldes,um das Minimum zu bezahlen um in der Knastunterwelt überleben zu können: Tabak, Kaffee, Lebensmittel usw.

Die wirtschaftliche Erpressung ist nur ein kleiner Teil der Mittel, über die die Strafvollzugsverwaltung verfügt ... De facto müssen die, die nicht arbeiten, sich auf ein härteres Regiment einstellen, das heißt 23 Stunden am Tag in der Zelle eingesperrt sein (eine Stunde Hofgang) und ohne Gewährung des „intimen" Besuchsraums (Langzeitbesuch) mit der Familie oder gefühlsverbundenen Gefährt/inn/en usw. usw.

Insgesamt werden dir in Deutschland „Pflichten" auferlegt, aber zähle nicht auf irgend ein „Recht" ... Es gibt keine Strafvollzugs-Überwachungs-Richter und nicht einmal ein einheitliches Strafvollzugsgesetz ...
(...)
Da die meisten Gefangenen Ausländer sind (viele sprechen die Sprache nicht und kennen noch weniger die Gesetze und „Rechte") werden sie zu idealen Opfern in den Händen von Rechtsanwälten, Richtern und anderen Individuen ohne Ethik, Moral und Gewissensbisse.

Der Anteil an Analphabeten ist beeindruckend und die meisten kommen aus Ländern, in denen sie noch viel brutaler behandeltwerden (besonders die, die aus Ländern der ehemaligen UDSSR und aus Afrika kommen). Es ist auch unnütz ihnen zu sagen, dass alles, was die hier machen nicht

etwa nur illegal ist, sondern amoralisch. Sie zucken höchstens mit den Schultern und fragen: „Was bedeutet das: ‚amoralisch'"? Oder: „Was ist denn das: ‚die Menschenrechte'"?

Viele von ihnen arbeiten, weil sie so einen Teil ihres Lohnes an die unter unmenschlichen Bedingungen in ihren Ländern gebliebenen Familie schicken können ...

Zusammengefasst: Man bestraft also nicht nur das Elend, man beutet auch das Unwissen aus. Das ist der unmoralische Charakter einer der „Antriebs"-Länder dieser „Europäischen Union", die, wie wir alle wissen, das Europa des Kapitals und seiner Büttel ist. Ein Europa, in dem die Waren fließen (zirkulieren) können, in dem man die Betriebe auslagern kann aus einer „rentabelen" Region in eine noch rentablere, das Blut der Arbeiter saugen kann, um sie dann, wenn sie nicht mehr „produktiv" sind, mit einem Tritt in den Hintern beiseite zu schieben, Personen kontrollieren, sie einsperren und foltern kann usw., ohne dass einer dieser Schufte sich irgendwie um ein „Referendum" (wie z.B. das über die europäische „Verfassung") kümmern müßte, um die Interessen, die Rechte und die Würde der Menschen.
(...)
Es gibt zu vieles, das ich noch schreiben möchte, doch ... für dieses Mal werde ich es belassen bei diesen Erklärungen, die dazu bestimmt sind die Erinnerung aufzufrischen an die Statthalter, die über die ganze Weltkugel hinweg von „Menschenrechten" und „Demokratie" sprechen.

Und, wie es La Polla Record singt:
Das wird kommen, das wird kommen
Jeder Bürger kommt an die Reihe, die Reihe
Die Demütigung wird gerächt werden

Kämpferische Grüße an die, die weltweit kämpfen.

Gabriel

Adressen:

Nadine Christiane Tribian
Umlostraße 100
33649 Bielefeld

Gefängnisverwaltung Bielefeld
JVA Bielefeld-Brackwede II
Zinnstraße 33
33649 Bielefeld
Telefon: *0521- 4899 0*
Fax: *0521- 4899 123*
E-Mail: *poststelle@jva-bielefeld-brackwede2.nrw.de*

Justizministerium NRW
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf

Weitere Infos:

Interessenvertretung Inhaftierter

Initiative gegen Rechtsbeugung/ Dokumentationstelle von Gewalt und Willkür im deutschen Strafvollzug

N.I.T.R.O.S - Netzwerkwerk-Initiative für transparenten, rechtskoform orientierten Strafvollzug

G.b.I - Gewerkschaft beschäftigter Inhaftierter für Mindestlohn, Rentenversicherung und Gleichstellung

Peter Scherzl
c/o Am Womberg 16
61276 Weilrod
(z.Zt. JVA 53359 Rheinbach)

Vorwort über Nietzsche wegen dem Brief von Marco Camenisch

Wir dokumentieren kurz ein paar Notizen über F. Nietzsche als Antwort auf die angegebenen Hinweise einiger UnterstützerInnen von Marco Camenisch über den „anarchistischen Irrtum", sprich Zitate aus Nietzsches Werken zu entnehmen.
Wir haben gerade weder Platz noch Zeit um eine philosophische Diskussion über diesen Autor – auch selbstbewusst über alle Schwierigkeiten die auch seine Philosophie präsentiert – zu eröffnen, möchten allerdings alle Leute zum Nachdenken anregen und uns gegen einfache Verurteilungen ohne dazu benötigtes Wissen aussprechen.
Zum Beispiel wäre es nötig zu wissen, dass Nietzsches Schwester, mit der er in keinem guten Kontakt stand, seine Werke nach seinem Tod für ihre faschistischen Zwecke bewusst instrumentalisierte. Es gibt genug Literatur, sei es im Internet oder in Büchern, die sich mit der ganze Problematik auseinandersetzt...
Viel Spaß beim recherchieren!

ABC Berlin

<u>Auszüge aus einem polemischen Text gegen Wagner:</u>

"Ich werde nie akzeptieren, das eine deutsche wissen könnte, was musik ist. All diejenige, die als deutsche Musiker definiert werden, auch die größten, sind Ausländer: Slawen, Kroaten. Italiener, Niederländer oder Juden..."

"Seit Wagner in Deutschland ist hat er alle Sachen, die ich verachte Schritt für Schritt zugestimmt, sogar dem Antisemitismus."

<u>Nietzsches Fritsch-Briefe in Weimar, 1932</u>
Unter Hinweis auf die vor allem von der Schwester lange unterdrückten Briefe Nietzsches an den Verleger Fritzsch aus dem Jahr 1887 sowie Nietzsche-Notate aus dieser Zeit verweist der Autor auf den damaligen Anti-Antisemitismus Nietzsches, der natürlich den „Völkischen" nicht zupass kam, wenn sie Nietzsche für sich vereinnahmen wollten (S. 7):
Zwar gilt dieser Brief als ‚verschollen', aber aus Nietzsches Antwort vom 23. März 1887 darf auf dessen Inhalt geschlossen werden: Offenbar hatte Fritsch aus Werken Nietzsches dessen freundliche Urteile über Juden referiert und daran die Vermutung angeschlossen, Nietzsche werde „durch irgend eine gesellschaftliche Rücksichtnahme" zu „schiefen Urteilen" hinsichtlich des Judentums verführt. Nietzsche freilich musste Fritsch enttäuschen: Sein bisheriger Lebensweg gäbe keine Wahrscheinlichkeit dafür ab, dass er sich „von irgend welchen Händen ‚die Schwingen verschneiden lasse"'. Im Übrigen fühle er sich „dem jetzigen deutschen Geiste` zu fremd (...), um seinen einzelnen Idiosynkrasien ohne viel Ungeduld zusehn zu können. Zu diesen rechne ich in Sonderheit den Antisemitismus." Angefügt war dem noch der (fromme) Wunsch, Fritsch möge eine „Liste deutscher Gelehrter, Künstler, Dichter, Schriftsteller, Schauspieler und Virtuosen jüdischer Abkunft" herausgeben, denn dies „wäre ein wertvoller Beitrag zu Geschichte der deutschen Cultur (auch zu deren Kritik!)."
Sechs Tage später schickte Nietzsche Fritsch drei Hefte der von diesem herausgegebenen und verlegten Antisemitischen Correspondenz zurück mit dem Vermerk, er bitte darum, fürderhin von derlei Zusendungen verschont zu werden. Denn „dieses abscheuliche Mitredenwollen noioser Dilettanten über den Werth von Menschen und Rassen, diese Unterwerfung unter ‚Autoritäten', welche von jedem besonneneren Geiste mit kalter Verachtung abgelehnt werden (z.B. E. Dühring, R. Wagner, Ebrard, Wahrmund, P. de Lagarde – wer von ihnen ist in Fragen der Moral der unberechtigste, ungerechteste?), diese beständigen absurden Fälschungen und Zurechtmachungen der vagen Begriffe ‚germanisch', ‚semitisch', ‚arisch', ‚christlich', ‚deutsch' – das Alles könnte mich auf die Dauer ernsthaft erzürnen und aus dem ironischen Wohlwollen

herausbringen, mit dem ich bisher den tugendhaften Velleitäten und Pharisäismen der jetzigen Deutschen zugesehen habe." [Die Original-Briefe Nietzsches finden sich in KSB 8, S. 45 f., 51.]

Solche Sätze mußten insbesondere dem heraufziehenden Nationalsozialismus in den Ohren klingen, und so „vergaß" man nur zu gerne diese Briefe, um Nietzsche infamer Weise zum eigenen „Hausheiligen" machen zu können. Auch hierin unterstützte A. Baeumler Nietzsches Schwester, indem er sich an anderen Unterdrückungen und Fälschungen beteiligtewie der Autor herausstellt:

Nach Ablauf der Schutzfrist für Nietzsches Werke und Briefe im Jahre 1930 war es soweit: Förster-Nietzsche, deren Renommee durch die Enthüllungen Erich F. Podachs schweren Schaden genommen hatte, suchte einen neuen Kompagnon – und fand ihn in dem damals vergleichsweise anerkannten Dresdener Professor Alfred Baeumler. Ihn unterstützte sie bei der Erstellung einer Dokumentation, die 1932 in Umlauf kam und die sich im ‚Dritten Reich' großer Popularität erfreute. Dass dies auch deswegen möglich wurde, weil der Leser Nietzsches Fritsch-Briefe sowie die dazugehörigen zwei Nachlassnotate auch hier umsonst sucht, versteht sich von selbst. In Sachen von Nietzsches Brief an Overbeck vom 24. März 1887 verfuhr Baeumler diesmal allerdings etwas vorsichtiger: Er brachte zwar das von Oehler/Bernoulli (1916) erstmals bekannt gemachte Original, behielt aber die von Förster-Nietzsche (1909) vorgezeichnete Deutungslinie bei, kommentierte also wie gehabt: „Der freundliche Ton, den er (...) gegenüber den Antisemiten anschlägt, geht offenkundig darauf zurück, daß er in ihrem Kreis als Führer anerkannt zu werden scheint." Dem ließ Baeumler den Satz folgen: „Im Entwurf (enthalten in den Briefen an Mutter und Schwester) steht noch der kennzeichnende Satz: ‚Das Problem des ‚Gesetzgebers' dämmert diesen Köpfen, die gewohnt waren, auf Stimmenmajoritäten ihr Heil zu setzen.'„ Dies klingt so, als habe Baeumler der Fälscherin Förster-Nietzsche noch die letzte Ehre erweisen müssen. Und es zeigt, dass er sich auch in philologischer Hinsicht mitschuldig machte an der von ihr eingeleiteten Nazifizierung Nietzsches. Gravierend ist dabei vor allem, dass sich Baeumler nicht scheute, auch weitere von der Schwester verfälschte oder gar gänzlich frei erfundene Briefe ungeprüft erneut abzudrucken. Im Ergebnis bleibt nur der Schluss, dass Baeumler mit seiner 1932er Dokumentation, selbstredend aber auch in seiner Eigenschaft als Nietzscheinterpret, alles tat, um den Antisemitismus Nietzsches zu beglaubigen und gegenteilige Zeugnisse zu entkräften – ein Teufelsdienst im Blick auf Nietzsche, ein Liebesdienst allerdings hinsichtlich der eigenen Ambitionen, insofern Baeumler unter dem Protektorat nationalsozialistischer Nietzscheverehrer nach 1933 zu einem der führenden Naziideologen aufsteigen sollte. (S. 12)

Quelle: *www.f-nietzsche.de/wille.htm*

Brief von Marco Camenisch zum Hungerstreik im Februar

liebe freund-innen und genoss-innen

hier etwas verspätet ein von marco übersetzter text, in dem es um den internationalen hungerstreik vom 18.-29. februar 2008 geht, an dem er sich beteiligt hatte. der text, der in einer französischen anti-knast-zeitung abgedruckt war, besteht aus einem brief vom gefangenen spanischen anarchisten gabriel pombo da silva und einem flugblatt, das von argentinischen anarchist-innen vor einem knast verteilt wurde. er gibt einen kleinen einblick in die debatte unter den gefangenen und ihren unterstützer-innen um den sinn des hungerstreiks als kampfmittel. nicht einverstanden sind wir mit dem zitieren von friedrich nietzsche. grundsätzlich lehnen wir es ab, sich auf einen antisemiten und protofaschisten positiv zu beziehen. es scheint, als ob seine sprache/aussagen eine gewisse anziehung

auf anarchist(-inn)en ausüben würde. das ist kacke.

solidarische Grüsse
einige freund-innen und unterstützer-innen von marco camenisch

(Üb. von mc, Todeslager Regensdorf, CH, April 08, vom Französischen aus "La Cavale, correspondance de lutte contre la prison", April 2008, n° 12, « Einige Bemerkungen…» von Gabriel übersetze ich aus einer mir zugesandten italienischen Übersetzung)

Einige Anmerkungen… von Gabriel
Aachen, 4. Januar 2008

„Schaut die Guten und Gerechten! Wer ist verhasster? Derjenige, der die Tafeln der Werte zerbricht, der Störer, der Gesetzesbrecher, aber er ist ein Schöpfer. Schaut die Gläubigen aller Bekenntnisse! Wer ist verhasster? Derjenige, der die Tafeln der Werte zerbricht, der Störer, der Gesetzesbrecher, aber er ist ein Schöpfer. Genossen auf eurem Wege sucht die Schöpfer und nicht die Kadaver, nicht die Herden der Gläubigen.
Genossen in der Schöpfung sucht die Schöpfer, die neue Regeln auf neue Tafeln schreiben. Genossen sucht die Schöpfer, welche die Sensen schärfen können. Man wird sie Vernichter und Verächter des Guten und des Bösen nennen. Aber es werden die Sammler und Zelebranten der Feste sein.
Genossen für die Schöpfung sucht Zarathustra, Genossen für die Ernte und für die Feste sucht Zarathustra: denn er hat nichts mit den Herden, den Pfaffen und Kadavern zu tun!"
F. Nietzsche (So sprach Zarathustra)

Während ich diese Worte niederschreibe, denke ich an den Satz, den ich irgendwo gelesen habe oder irgendwer zu einem bestimmten Anlass geschrieben hat: *„Die Wirklichkeit zu betrachten ist schwer, sie zu erzählen noch mehr*"…
Dieser scheinbar unbedeutender Satz mag nichts wert sein oder, im Gegenteil, in uns den Wunsch erwecken seinen Sinn zu erforschen…
Jemand könnte sagen (und hätte nicht unrecht), dass die Visualisierung des „Realen" (andere könnten sich fragen über welche konkrete Realität wir sprechen) nicht schwierig sein kann, weil wir sie mit unseren Augen erleben und daher die Beschreibung des von uns betrachteten „eine Stimme unserer Betrachtung zu geben" ist…
Es geschieht aber, dass sogar wenn verschiedene Individuen irgendeine konkrete Realität betrachten (als solche), jeder von uns die Tendenz hat das Betrachtete auf andere Art auszulegen als die anderen… Wieso, wenn alle das gleiche sehen, haben wir die Tendenz die Dinge auf eine andere Art als die anderen auszulegen?
An diesem Punkt könnten wir sagen, dass die Differenzen und/oder Divergenzen nicht „im Objekt" der Betrachtung liegen, sondern in der „Auslegung" eines jeden Individuums der betrachteten „Realität"…

und dem ist so, weil „die Subjektivität" eines jeden von uns tausend mal mächtiger ist als die angebliche „Objektivität" der materialistischen Philosophie,, von der wir alle durchdrungen sind…
Als die Individuen die wir sind, tendieren wir immer zur Auslegung der Dinge durch den Kopf und den Bauch… und obwohl einige das „grosse Handbuch" haben möchten, entdecken wir sofort, dass wir diese Dinge durch Fehler, Stammeln, Reibung, Versuche und nochmals Versuche, Kodifizierungen und Dekodifizierungen dieser Welt der Worte, der Ideen, der Begriffe, der Gefühle, der Emotionen, usw. lernen werden.
Ich glaube sagen zu können, dass ich keine „Ideologie" habe, sondern Ideen… gleichzeitig (und wie alle Individuen) habe ich „Meinungen" über die Dinge…
Meine Meinungen über viele Dinge müssen nicht gleich denen derjenigen sein, mit denen ich politische und/oder philosophische „Ideen" teile…

Diese kleine Einführung dient mir zur Klärung und Antwort auf einige „Kritiken", die mir von Genossen (bekannten und unbekannten) bezüglich meiner letzten Erklärung „Wir sind im Streik" gemacht wurden, unter anderem auf „La Cavale" n° 11…

Unsere Genossen haben folgendes geschrieben: (was ich wieder aus dem französischen übersetze, d.Üb.)

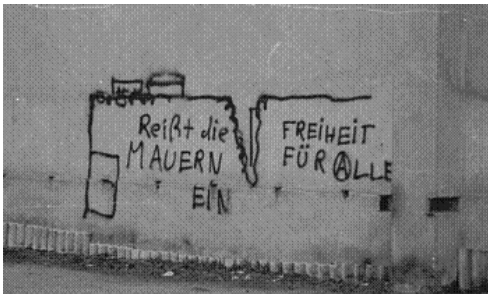
ZUM BRIEF „WIR SIND IM STREIK"
Als Anarchisten sind wir für die Zerstörung aller Knäste. Wir zweifeln stark daran, dass die autoritären Kommunisten der verschiedenen bewaffneten marxistisch-leninistischen Organisationen in der Türkei (MLKP, DHKP) in diesem Kampf unsere Verbündeten sein können. Wir sind sicher, dass sie die Überzeugungen, auf denen unser Kampf gegen den Knast gründet (Solidarität mit dem Kampf aller rebellischer Gefangenen, Ablehnung der Unterscheidung zwischen politischen und sozialen Gefangenen, Ablehnung der legalen und juristischen Kategorien wie schuldig, unschuldig, usw.).
Aus diesen Gründen denken wir dass unser Platz nicht am Internationalen Symposium gegen die Isolation ist, das von autoritären politischen Tendenzen beherrscht wird…
(…)
Gut, ich glaube nicht in jener Erklärung davon gesprochen zu haben, wie „Bünde" irgendeiner Art mit Autoritären jeglicher Art einzugehen…
Eine solche Idee habe ich nicht einmal suggeriert. Wir haben durch den Hungerstreik vom 14.-17. Dezember schlicht und einfach unsere Solidarität ausgedrückt, im Gedenken an das Massaker, das der türkische Staat an Mitgliedern des türkischen kommunistischen Widerstandes in der Knäste verübt hat und an die folgende Reaktion dieser Militanten (Hungerstreik, wo einige Hunderte dieser KämpferInnen starben) mit ihrem Kampf.
Wir können (und sind es tatsächlich) gegen jegliche Organisation mit kopflastigem und autoritären Charakter sein, aber wir dürfen die Perspektive (lokal und global) aller Dinge nicht aus den Augen verlieren… und der wichtigste Aspekt: wir sollte dem ungestraften Morden (und im Knast gibt es viele Arten um einen Gefangen zu ermorden) eines jeden Gefangenen, sei er politisch, sozial…, nie gleichgültig gegenüberstehen.
Wenn wir die Tatsache aus den Augen verlieren, dass viele Gewalttätigkeiten vom Kapitalismus ausgehen, von seiner Politik und seinen Organisationen/Institutionen und von den Interessen, die diese „grauen Bestien" in der ganzen Welt unterstützen und verfolgen, würden wir sehr schlecht dastehen wenn wir im Moment, in dem wir entführt und ermordet werden zwischen „Libertären" und „Autoritären" unterscheiden würden.
Ich denke und verteidige meine Art mich zu organisieren und zu beziehen, zu leben und sogar zu kämpfen, gegenüber den Militante der „avantgardistischen" Organisationen wie die, die ihr genannt habt und wie die, die ich im spanischen Staat kenne und in der ganzen Welt kenne, aber… das heisst nicht, dass ich meine Solidarität jenen vorenthalte, die in den Knästen gefoltert und ausgerottet werden, weil sie ihre Würde (menschlich, politisch,

usw.) verteidigen, und keinen Widerstand zeige gegen jene, die gerade vom Leiden anderer leben…
Anscheinend glauben einige Genossen ins Gewand, das den Mönch macht, und dabei vergessen, dass das was uns definieren und den anderen vorstellen muss nicht so sehr die Etiketten (oder Nullachtfünfzehn-Produkte) sind, sondern der Inhalt und die Essenz unserer Ideen, und damit nicht nur unsere „Kritik", sondern auch die Vorschläge und Beiträge…
In diesem Sinne begrüsse ich die Initiative/ den runden Tisch, den einige Genossen mir zukommen liessen um zu debattieren/ analysieren warum wir im FIES als „Antiknastbewegung" im spanischen Staat „gescheitert" sind…
Ich betrachte den Text mit dem Titel *Aproximación critica a la lucha contra el FIES del los años 1999-2002* … als sehr wichtig, was auch für die anderen Texte gilt, die ich erhalten habe…
Ich hoffe, dass die Genossen sie bald veröffentlichen können, damit auch kämpfende Genossen in anderen Staaten die „Fehler" vermeiden können, die wir nicht vermeiden konnten…
Ich werde meine Antwort den Genossen im spanischen Staat bald zusenden, als mein Beitrag zum Thema.
Desgleichen hoffe ich den Genossen nützlich zu sein, die es gewagt haben, eine Debatte über die F.A.I. (Informale) und andere Arten die „insurrektionellen Kämpfe" zu begreifen anzustossen…
Wir dürfen keine Angst haben über das zu reden, was wir denken und wünschen… und wir müssen unsere Ängste nicht mit Scheissrhetorik „tarnen"… „Che" Guevara sagte einmal: „Einige tragen die Revolution im Munde um von ihr zu leben und andere tragen sie im Herzen um für sie zu sterben…"
Und, um abzuschliessen, teile ich mit, dass ich und einige Genossen vom 18.-29. Februar im Hungerstreik sein werden um dem Kampf gegen die Knäste, die Isolation (41bis in Italien, FIES in Spanien, FTyp in der Türkei, und in Deutschland, obwohl sie keinen spezifischen Namen tragen aber schlimmer als die anderen sind…), die offenen und verdeckten lebenslänglichen Strafen, und alle Ausmerzzentren für „AusländerInnen", Jugendliche, usw. weiteren Impuls zu verleihen.

Vorwärts Genossen! Gegen ein Europa des Kapitals und seine Schergen!

Eine libertäre Umarmung!
Gabriel

Internationaler Hungerstreik
Vom 18. bis zum 29. Februar wurde von einigen gefangenen Anarchisten eine Initiative ergriffen; zehn Kampftage gegen alle Knäste, Isolation, Folter und Repression. Einige gefangene Genossen haben einen Hungerstreik begonnen.
Ohne Zweifel ist es ein Schritt nach vorne wenn die auf Kampfinitiativen aufgebaute internationale Koordinierung unter anarchistischen Gefangenen wächst. Selbstverständlich legen gefangene Genossen, wie auch die Genossen draussen, eigene Akzente und vertreten ihre eigenen Ideen – mit der Gemeinsamkeit des Kampfes gegen jegliche Form von Knast. Es scheint uns jetzt wichtig ‚neue' Methoden des Kampfes zu entwickeln; eine voranschreitende Perspektive wenn Thomas Meyer-Falk (Deutschland) seine Solidarität erklärt aber es ablehnt einen Hungerstreik zu beginnen weil er mit der spezifischen Methode nicht einverstanden ist.
Gleichzeitig ist klar, dass die Solidarität von aussen aus verschiedenen Gründen beschränkt war (abgesehen von einigen lobenswerten Ausnahmen). Intensivieren wir also die Koordinierung und schärfen wir die Waffe der Solidarität – von unseren eigenen Ideen und Lagen ausgehend.



Soliaktionen

18/02 Argentinien – In Buenos Aires Farbbeutel gegen die Fassade einer Filiale der Bank Itaú in Solidarität mit den hungerstreikenden anarchistischen Gefangenen.

24/02 Argentinien – Versammlung vor dem Knast von Devoto in Solidarität mit den hungerstreikenden anarchistischen Gefangenen und für die Vernichtung aller Knäste. Es wurden Flugblätter verteilt, u.a. an BesucherInnen.

27/02 Uruguay – In Montevideo wird das Goethe Institut in Solidarität mit den hungerstreikenden anarchistischen Gefangenen und allen rebellischen Gefangenen angegriffen. Alle Scheiben werden eingeschlagen.

29/02 Italien – In Turin wird ein Geldverteilerautomat der Deutschen Bank in Solidarität mit den hungerstreikenden anarchistischen Gefangenen durch Klebestoff sabotiert.

1/03 Schweiz – In Dietikon (Kanton Zürich) wird das Auto des sozialistischen Staatsrates Markus Notter (kantonaler Justizminister) im Unterstand seines Hauses angezündet. Auch die Hausfassade wird durch das Feuer beschädigt. Gemäss BekennerInnenschreiben unter anderem in Solidarität mit dem gefangenen Anarchisten Marco Camenisch.

EIN BRIEF VON DIEGO aus Argentinien

An meinen Freund Gabriel und an alle, die von Herzen, mit dem Geist, dem Blut und den Waffen gegen die Arroganz der Macht kämpfen…

Ich möchte euch meine Solidarität mitteilen mit dem von euch bis 29.02.2008 geführten Hungerstreik. Ich möchte euch mitteilen, dass meine Solidarität ideologisch ist, von Herzen kommt, überzeugt und hoffnungsvoll ist aber vorerst nicht physisch sein kann. Ihr werdet euch fragen warum? Wo ich als Gefangener lebe, gründet das von dieser Institution angewendete Selbstvernichtungssystem sehr auf jene, die darin eingesperrt sind. Zurzeit beeinflusst die psychologische Gewalttätigkeit des Systems die physische Gewalttätigkeit unter den Gefangenen.

Ich wäre froh, euch im Hungerstreik zu begleiten, aber ich wäre isoliert, was mir absolut keine Angst machen würde aber ich würde meine Genossen alleine lassen und die Umstände (innerhalb des Abteiles) sind nicht von Einigkeit geprägt sondern von Schlägereien unter Banden um unser kollektives Leben zu beherrschen (in gleich ungerechter Art und Weise wie die des Staates, der uns beherrscht). Unsere Gruppe steht der Idee der Macht über andere Gefangene gegenüber. Wir suchen die Freiheit, den Ausbruch, die Rebellion und stossen dabei mit den bezahlten Killern zusammen, die unter dem Schutz ihrer Abkommen mit der Polizei versuchen, das kollektive Leben zu beherrschen. Aus diesem Grund kann ich mich nicht isolieren indem ich euch beim Streik begleite und damit meine Knastgenossen ihrem Schicksal überlasse. Ich bin Genosse in guten, schlechten und noch schlechteren Zeiten. Ich hoffe ihr könnt mich verstehen, mein Herz steht auf der Seite der Freiheit, mit euch, gegen den Staat und gegen alle jene, die, obwohl Verbrecher, mit der Polizei verhandeln um ihre Interessen zu schützen.

Den Genossen im Hungerstreik: mein Herz, meinen Solidarität und Freundschaft. Und dir Gabriel eine stürmische Umarmung.

…Den Rebellen, den Radikalen und denen, die auf der Suche nach Liebe sind

Organisierung, direkte Aktion und Freiheit

Diego

Dieser Brief wurde vom anarchistischen Genossen Diego Petrissans geschrieben, der im Hochsicherheitsgefängnis von Marco Paz (Buenos Aires, Argentinien) wegen Enteignungsaktionen gefangen ist.

18.-29. Februar INTERNATIONALER HUNGERSTREIK

Zwischen dem 18. und 28. Februar haben einige anarchistische Individuen, die in Deutschland, der Schweiz, in Argentinien und in Spanien gefangen sind, zu einigen Tagen Hungerstreik und Mobilisierung gegen Knast und Repression, Isolationsregimes, Folter, Lebenslänglich und zur Freiheit aller kranker Gefangenen aufgerufen.

Angeregt haben diese Kampfinitiative die anarchistischen Genossen Marco Camenisch (Schweiz), Rafa Martinez Zea „Jon Bala" (Puerto III, Spanien), Joaquin Garces (5CP Castellon, Spanien), Gabriel Pombo "Musta" und José Fernández (Deutschland), Petrissans (der wegen Auseinandersetzungen mit den Gefangenen einer Killerbande im Abteil nicht hungerstreiken kann, aber solidarisch zustimmt (C.P.F. N2 – Marco Paz, Argentinien) und Thomas Meyer-Falk (Deutschland). Letzterer fastet nicht, weil er diese Methode ablehnt.

In den Knästen und Polizeiwachen Argentiniens wird gefoltert und die einzige Funktion aller Knäste verwirklicht, die nicht Resozialisieren sondern Bestrafung, Isolierung, Unterwerfung und Verleumdung des menschlichen Wesens ist. Nur schon die Tatsache, eine Person einzusperren und ihr die Freiheit zu nehmen ist die schlimmste aller Folter. Als Feinde aller Knäste drücken wir unsere Solidarität aus und erweitern den Kampf unserer Genossen. Freiheit für alle Gefangenen.

Hoch lebe die Freiheit, Tod allen Knästen!

HOCH LEBE DIE FREIHEIT, TOD ALLEN KNÄSTEN

Einige AnarchistInnen

* In den letzten drei Tagen hat sich José Manuel Garcia (in Puerto III in Spanien) dem Hungerstreik angeschlossen.

[Dieser Text wurde als Flugblatt während einer Versammlung vor dem Knast von Devoto (Argentinien) in Solidarität mit den gefangenen Anarchisten im Hungerstreik und für die Zerstörung aller Knäste verteilt.]

Dazu (Anm. von mc, Ende April 08)

"La Cavale" veröffentlicht auch meine Erklärung zu dieser Iniziative (füge ich hier nicht wieder an) und füllt meine Erklärungslücken mit Fussnoten zum Kampf der Mapuche, F-Typ, Art. 41bis, die Verhaftungen vom 12.02.08 in Italien und zu Jean Marc Rouillan und fügt, in Bezug auf meine Einschätzung der Kraft, die ein Hungerstreik mitentwickeln kann, eine Einschätzung zur Wirksamkeit des Hungerstreikes an: **Wir haben starke Zweifel an der Wirksamkeit des Hungerstreikes, während wir begreifen, dass der Hungerstreik oft eines der letzten Mittel ist um die Lage im Knast anzugehen, wenn alle anderen Möglichkeiten entzogen werden. Nunmehr scheinen dem Staat (wie dem türkischen) die Gefangenen, die vor Hunger sterben, oft egal zu sein.**

Ich denke, und hoffe, das es für alle GenossInnen eine Binsenwahrheit ist, dass es dem Staat egal ist wenn Gefangene sterben, ob vor Hunger oder sonst wie (aber auch, dass jeder Tod im Knast ein staatlicher Mord ist!).

Solange die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kosten nicht zu hoch sind.

Ich denke es ist eines der vielen Fragen des Zusammenhanges und gleichzeitig des Verlaufes, die immer vielschichtig, komplex, relativ und gegensätzlich sind und sorgfältig und von einer Offenheit ausgehend erforscht werden sollten. Wenn wir hingegen von Überzeugungen und Positionen ausgehen, die tendentiell "dafür oder dagegen" sind, so scheint mir das reine Zeitverschwendung und mit dem Risiko sektiererischer und ausschliessender Vereinfachungen behaftet zu sein, mit der Versuchung "Lehren" zu erteilen (moralische, ideologiche, der "rechten Linie") als Ersatz für Lücken der Kenntnis (historische, aktuelle), in der Einschätzung, in der kritischen Auseinandersetzung (und der Erfahrung?) auf den wirklichen Terrains der Kämpfe (Ich kann auch Gabriels Text „Einige Anmerkungen…" gut nachvollziehen, die, so glaube ich, mit diesen hier

Stimmigkeiten aufweisen). Ein Ersatz, der wenig nützlich ist zur Stärkung der Kämpfe in den Prozessen der Prüfung, der Anwendung und Modifizierung der zusammenhängenden Prioritäten und Überlagerungen der verschiedenen verfüglichen Taktiken und Methoden. Und wenn schon, so denke ich sind die „Neuigkeiten" im Bereich der Prüfung, der Anwendung, der Zusammenhänge und der Überlagerungen der verschiedenen Methoden und Taktiken zu suchen und zu erschaffen, die verfügbar und durchführbar sind. Der Verzicht oder die legitime Ablehnung dieser oder jener Taktik, dieses oder jenes Weges, ist nicht schon an sich Suche/Ermittlung einer/eines „neuen"… Und wir dürfen nie vergessen, dass sowohl die Herrschaft als auch wir RebellInnen grundlegend "immer mit Warmem Wasser kochen".

Die Zweifel erachte ich als nützlich, wenn sie, anstatt Geringschätzung und/oder Misstrauen zu sein, Die Aufhebung des Urteils sind, im Masse der Bewusstheit der Grenzen der eigenen Lagen, Ideen, und vor allem der Erfahrungen und des Wissens. Wobei die Ermittlung und die Bewusstheit dieser Grenzen gerade der Motor des andauernden individuellen und kollektiven Prozesses zur allmählichen Überwindung dieser Grenzen zu sein scheint.

Dir Genosse Diego möchte ich sagen, dass, auch aus eigenen wenn auch weniger drastischen Erfahrungen auf diesem Terrain, ich deine Praxis in deinem Kontext nicht zu hungerstreiken als selbstverständlich, und gleichzeitig die beste ideelle und praktische Teilnahme an unserer kollektiven Initiative selbst erachte! Wir wären es nicht würdig GenossInnen genannt zu werden, und noch weniger deine, wenn wir auch nur das mindeste Unvermögen hätten, deine in diesem Zusammenhang selbstverständliche und gebührende Praxis zu verstehen und zu teilen. Dasselbe gilt natürlich auch für alle anderen Genossen, denn die Zusammenhänge sind immer gleichzeitig subjektiv und objektiv.

In diesen Apriltagen bekam ich die Nachricht aus Italien, über die Internationale Rote Hilfe (von den revolutionären kommunistischen Compas aus Zürich), von den Solitagen mit den gefangenen AnarchistInnen in Italien um ihre Isolierung, die Isolierungsartikel und ihre Beschränkungen und Beschlagnahmungen der Post anzuzeigen. Selbstverständlich gilt auch dieser Initiative meine volle und praktische Solidarität im Rahmen des solidarischen und permanenten Kampfes hinter und ausserhalb der Mauern, in Italien, in Griechenland, Spanien und der ganzen Welt gegen alle Knäste, jegliche Repression und jeglichen Staat!

Schreibt Karten und Briefe:
Marco Camenisch
Postfach 3143
CH-8105 Regensdorf

Weitere Infos:
www.marcocamenisch.ch.vu

Freilassung von Meyer-Falk?

Vor bald 12 Jahren wurde ich von der Polizei verhaftet und 1997 zu 11 Jahren 6 Monaten Haft, sowie Unterbringung in der Sicherungsverwahrung verurteilt. In drei weiteren Prozessen kamen insgesamt fünf Jahre drei Monate hinzu, da sich diverse Politiker und Juristen im Staatsdienst von mir beleidigt und wahlweise bedroht oder genötigt fühlten.
Zwei Drittel der Strafen waren im November 2007 verbüsst; deshalb beantragte ich im Vorfeld meine Freilassung aus der Haft. Denn gem. § 57 Strafgesetzbuch ist eine Entlassung nach 2/3 der Haftzeit möglich, sofern dies „unter Berücksichtigung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit" zu verantworten ist, sprich es darf keine weitere Straffälligkeit zu erwarten sein (faktisch erfolgt nur in ca. 30 % der Fälle solch eine vorzeitige Freilassung).

Bedingt durch Überlastung der Richter, Krankheit des Vorsitzenden Richters

Kleinheinz und einen Verteidigerwechsel, zog sich das Verfahren hin.

Die Vollzugsanstalt Bruchsal, in Gestalt von Frau Oberregierungsrätin Göbel, nahm mehrfach Stellung: Eine vorzeitige Entlassung könne ihrer Ansicht nach nicht befürwortet werden.
Ursächlich sei, dass ich keine „echte Empathie mit den Opfern (meiner) Taten" zum Ausdruck bringe, vielmehr den objektiven Tatbestand in Frage stelle, wenn ich schreibe, Politiker/Richter hätten sich von mir bedroht g e f ü h l t.
Gespräche mit Sonder-/Fachdienster der Anstalt würde ich ablehnen. Zwar sei ich im „Umgang mit den Bediensteten der JVA (...) deutlich zurückhaltender geworden" (bezogen auf meine „Beschwerdefreudigkeit"), jedoch ermöglichte ich nach wie vor, so die Anstalt in ihrer jüngsten Stellungnahme, dem Personal keinen „tieferen Zugang zu (meinem) persönlichen Erleben und Empfinden".

Mit Verfügung vom 18. April 2008 ordnete das Gericht nunmehr die Einholung eines kriminalprognostischen Gutachtens an. Bestellt wurde Prof. Dr. Foerster (Universität Tübingen) zum Sachverständigen. Da ich ab Juni 2008 in der Anstaltsschule einen Lehrgang besuche (für den jeder Teilnehmer 500 Euro bezahlen muss), bat ich den Gutachter, erst nach Abschluss des Kurses die Untersuchung durchzuführen. Diesem Wunsch trug dieser Rechnung und kündigte an, im November oder Dezember zu erscheinen.
Mit der JVA Bruchsal streite ich mich jedoch noch herum, wo die Begutachtung durchgeführt werden soll; Frau Göbel wünscht eine Verlegung nach Tübingen, da sich so evtl. wertvolle Erkenntnisse darüber ergeben könnten, wie ich unter veränderten Örtlichkeiten reagiere. Ich selbst ließ wissen, die Exploration abzulehnen, sollte man mich nach Tübingen in die dortige Anstalt überstellen.

Dies hat damit zu tun, dass man als so genannter „Transportgefangener" in aller Regel in einer relativ unsauberen, kahlen

Transportzelle zwei/drei Wochen ausharren muss. Besuche/Telefonate sind gar nicht oder kaum möglich, Freizeitangebote tendieren gegen null; ganz abgesehen davon, dass schon die Form des Transports in den großen Gefangenentransportbus sen, auch nach Ansicht einiger Juristen menschenunwürdig ist.

Die allermeisten Gefangenen machen das Spiel der Justiz mit, steigen brav in den Bus und sitzen dann artig in den Transportzellen; nur um hinterher wütend davon zu berichten, wie übel die Bedingungen dort gewesen wären und man doch „eigentlich" etwas dagegen tun müsse.

Mein Verteidiger hat deshalb dem Gericht mitgeteilt, entweder die Exploration finde in Bruchsal statt, oder gar nicht. Ich selbst ergänzte noch, der Anstalt stehe es frei, mein Verhalten unter veränderter Örtlichkeit zu testen, in dem man mich in den offenen Verzug verlege (was diese freilich ablehnt).

Realistischerweise muss festgestellt werden, eine vorzeitige Entlassung ist nicht zu erwarten. Kein Gutachter wird einem Gefangenen nach bald 11 Jahren in Isolationshaft (denn bis Mai 2007 saß ich in Einzelhaft) eine hohe Wahrscheinlichkeit für ein straffreies Leben bescheinigen. Aber ohne eine solche positive Prognose erfolgt keine Freilassung.

Und dann ist da auch noch die Frage nach den (eigenen) Prinzipien! Ich bin unverändert der Ansicht, mir steht meine Freiheit zu – ohne Bedingungen irgendwelcher staatlichen Stellen. Und was ich nach der Haft machen werde, ist meine Sache und kein Gericht, kein Gefängnisjurist hat zu beurteilen, ob das was ich machen werde, mit den Gesetzen dieses Staates in Einklang steht oder vielleicht auch nicht. Will ich meine Bewegungsfreiheit um den Preis der moralischen Korrumpierbarkeit rückgewinnen, in dem ich mich auf die mal mehr, mal weniger subtilen Spiele dieses Staates einlasse? Wozu nämlich an erster Stelle die Unterwerfung gehört!

Und an diesem Punkt sage ich einfach uns schlicht: „Nein!". Nein, das möchte und werde ich nicht, selbst wenn das bedeutet, dass die Anstalt ihre Tore freiwillig weiterhin nicht für mich öffnen wird. War es Mao, der schrieb, im Kampfe mit dem Feind sei jede Lüge erlaubt? Soll ich mich also, wie so viele Gefangene, an die Sozialarbeiterin, die Psychologin, die Abteilungsjuristin, die Richter und den Gutachter ranwanzen, ihnen schöne Augen machen und einreden, was für ein guter, angepasster Mensch ich nun geworden sei?
Und auch an diesem Punkt sage ich einfach und schlicht: „Nein!".

Das hat nichts damit zu tun „Märtyrer" spielen zu wollen, sondern es widert mich geradezu körperlich an, mich verbiegen zu müssen. Mir tun all jene Gefangene leid, die sich auf die Spielchen der Justiz vorne herum einlassen und hinten herum schimpfen und fluchen. Ist mir meine Freiheit wichtig? Ja!
Ja, mir ist meine Freiheit wichtig; aber mir ist auch der Weg dorthin wichtig.

Knast und Resozialisierung - weshalb Resozialisierung scheitern muss

Als 1976 der Deutsche Bundestag das Strafvollzugsgesetz verabschiedete, bestimmte er in dessen § 2 als Aufgabe des Freiheitsentzuges, die Befähigung der Gefangenen, „künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen." Dieser als „Resozialisierungsv ollzug" bezeichnete Strafvollzug versteht unter „sozialer Verantwortung" eine Haltung, in der straffreie Lebensführung am ehesten erwartet werden kann (Böhm in Kommentar zum StrVollzG, Hrsg. Schwind/Böhm, 4.A. § 2 Rz. 13) Hilfreich sei zwar „Angst vor Strafe", so Böhm (a.a.O.), jedoch könne man diesen Begriff auch so deuten, dass ihr die Erkenntnis zu Grunde liege, wonach die rechtlichen Regeln dem „gedeihlichen Zusammenleben in der staatlichen Gemeinschaft dienen".

Wie sehen nun die Rückfallzahlen in Deutschland, unter Berücksichtigung des

erwähnten „Resozialisierungsvollzuges" aus ? Zum Stichtag 31.03.2006 (Stat. Bundesamt, www.destatis.de; Tabelle 4 „Strafvollzug" der Fachserie 10 Reihe 1 „Ausgewählte Zahlen für die Rechtspflege") waren 65% der Gefangenen vorbestraft.

Von diesen wiederum hatten 64,7% als schwerste Vorstrafe eine Freiheitsstrafe.

Wer einmal in Haft sitzt wird also nicht nur mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder dorthin zurück kehren (mancher kennt Falladas Satz „Wer einmal aus dem Blecknapf frisst, das Wiederkommen nicht vergisst"), er/sie hat auch nur geringe Chancen vor Ende seiner Haft auf Bewährung frei zu kommen (nur ca. 30% der Gefangenen kommen vor Vollbüßung der Strafe frei; vgl. Tröndle/ Fischer, StGB-Kommentar, 54.A., §57 Rz. 1).

Scheinbar fördert die Knastzeit weder Angst vor weiter Haft, noch die „Einsicht", dass die Befolgung von Gesetzen einem „gedeihlichen Zusammenleben" förderlich sein soll. Was könnte eine Erklärung hierfür sein ?

Meiner Ansicht nach hängt vieles mit dem Anti – Aufklärerischen Zustand unserer (Kapitalistischen) Gesellschaftsordnung zusammen. Verkörperte die Aufklärung in ihrem Kern den Anspruch auf Mündigkeit des Individuums oder um es mit Kant zu sagen: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit" (selbstverschuldet, weil der Einzelne zu faul oder zu feige ist zum Selber –Denken; unmündig, weil man sich seines Verstandes nicht ohne Leitung eines anderen bedienen kann), so würde Resozialisierung in aufklärerischem Sinne bedeuten, die Gefangenen anzuleiten, aus dieser selbstverschuldeten Unmündigkeit heraus zu treten. Freilich setze dies ein Gegenüber voraus, nämlich auf Seiten der Justiz, welches ebenso fähig wie willens ist, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Allzu einfach wäre es, den Inhaftierten die (alleinige) Verantwortung für ihr Schicksal aufzubürden, denn der Strafvollzug in einem kapitalistischen Gefüge zielt gerade nicht auf Veränderung der leidmachenden Verhältnisse (die die Gefangenen in den Knast führten), sondern auf individuelle Lösungen: Ziel ist es geglättetes, reibungsloses Funktionieren des Individuums (hierzu vgl. Böhme in „Die Relevanz der Freudschen Psychoanalyse" in Cee-Ieh- der Conne Island newsflyer, Mai 2008 (Nr. 154), S. 30-39; www.conne-island.de).

Aber selbst an diesem Ziel scheitert, wie die hohe Zahl der Rückfälle belegt, die Gefängnisadministration.

Innerhalb des Vollzuges gelingt es (überraschender Weise ?) dem Justizpersonal das letztgenannte Ziel weitesgehend zu verwirklichen; die Mehrzahl der Gefangenen fügt sich reibungslos in den Haftalltag ein und kritisiert Mitgefangene die sich Opposition stellen.

Aber auf freien Fuß gesetzt dauert es of nicht lange und der/die Ex – Gefangenen steht wieder vor Gericht, denn eine Befreiung des Subjektes hat nicht stattgefunden. Und sie wird auch nicht stattfinden, solange sich nicht die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse geändert haben.

Schreibt Karten und Briefe:
Thomas Meyer-Falk
c/o JVA – Z. 3113
Schönbornstr. 32
D-76646 Bruchsal

Weitere Infos:
www.freedom-for-thomas.de
www.freedomforthomas.wordpress.com

Griechenland: Aktionen in Solidarität mit anarchistischen Gefangenen

In Griechenland wird Solidarität den anarchistischen Gefangenen gegenüber – sowohl für alle sozialen Gefangenen und im generellen gegen alle Zwangsanstalten – in der Regel durch verschiedene Mittel praktiziert.
Wir dokumentieren hier einige Aktionen, die innerhalb der letzten Monate stattgefunden haben...
...weil wie ein Kommuniqué aus Montevideo es gut auf den Punkt gebracht hat - Solidarität ist nicht nur ein geschriebenes Wort...

18.-20.3. Athen – Thessaloniki: dreitägiges „Festival des Feuers" in Solidarität mit den Gefangenen. Auszüge aus dem Kommuniqué: "Die Verschwörung der feurigen Zellen übernimmt die Verantwortung für die Brandstiftungen an drei darauf folgenden Tagen(...)
Dienstag 18.3.: Brandstiftung gegen einen Polizeibus in Egaleo (Athen),
Mittwoch 19.3.: doppelter Angriff gegen das Rathaus von Thessaloniki, außerdem gegen ein Fahrzeug eines Sicherheitsunternehmens in der Martioustrasse.
Donnerstag 20.3.: eine Vielzahl von Brandstiftungen *„gegen Sicherheitsfirmen – diese SöldnerInnen sind die, welche spionieren, intervenieren, Leute an die Bullen verraten und mit ihnen kooperieren –, Banken, Firmen, welche an Knastneubauten beteiligt sind sowie Hersteller und Verkäufer von elektronischen Sicherheitssystemen, welche die Überwachung von Menschen, die schlimmste Form wie einem die Würde und die Freiheit weggenommen werden kann, gegen Geldleistungen übernehmen."*

Dieses dreitägige Festival des Feuers wird den Genossen Chrisostomos Kontorevithakis und Mario Tsourapas gewidmet, beide in Haft aufgrund einer versuchten Brandstiftung an einem Polizeiauto und auf ein im Juli kommendes Urteil wartend."

25.3. Athen: um drei Uhr nachts griff eine Gruppe eine Filiale der Emporiki Bank in der Varnalisstrasse, Peristeri an. Nachdem sie die Scheiben eingeworfen hatten, warfen sie 10 Mollies ins Innere wodurch die Bank komplett zerstört wurde. Ein Kommuniqué, welches danach eine Zeitung erreichte stellte klar, dass die Aktion in Solidarität mit dem Anarchist Giannis Dimitrakis durchgeführt wurde.

16.4. Athen: Brandstiftung gegen ein Auto der öffentliche Stromgesellschaft (PPC). Die Aktion *"ist Vaggelis Botzatzis und den drei wegen der gleichen Sache untergetauchten AnarchistInnen gewidmet. Während die PPC ungestört ihre MitarbeiterInnen tötet, werden Vaggelis und die drei anderen durch das Antiterror-Gesetz verfolgt. Solche offensive Momente der Solidarität werden weitergehen bis das letzte Gefängnis zerstört ist"*.

17.4. Athen: ein Jeep des Militärs wurde in Brand gesetzt. Außerdem wurde eine doppelte Brandstiftung gegen diplomatische Autos, eines der griechischen Mission in Istanbul und eines der bosnische Botschaft, realisiert in Solidarität mit dem anarchistischen Gefangenen Giannis Dimitrakis. Außerdem wurde ein Fahrzeug der saudischen Botschaft in Solidarität mit Giorgios Voutsis-Vogiatzis angezündet, dazu bekannte sich eine Gruppe, welche sich "Anti-Staatliche Aktion" nennt.

18.4. Athen: eine Gruppe von solidarischen AnarchistInnen hat das Gericht für die erste Instanz mittels Steine und Farbe angegriffen. Die Aktion wurde in Solidarität mit allen anarchistischen Gefangenen unternommen.

23.4. Athen: drei Autohändler wurde mit Hilfe von explosiven Materialien angegriffen, mindestens sieben Fahrzeuge wurden komplett zerstört. Das darauf folgende Kommuniqué widmete die Aktion Chrissostomos Kontorevithakis und Mario Tsourapas.

22.5. Athen: eine Gruppe von 20 Leuten hat das Rathaus des Stadtteils Ilioupoli

angegriffen. Dies erfolgte mit Steinen und Farbe, außerdem wurden zwei Autos der Polizei gesmasht, sowie das des Bürgermeisters. Auch diese Aktion wurde in Solidarität mit Chrissostomos Kontorevithakis und Mario Tsourapas unternommen.

30.5. Athen – Thessaloniki: Zitat aus der bürgerlichen Presse: *"eine Vielzahl von Detonationen hat letzten Freitag verschiedene Stadtteile von Athen erschüttert, Sachbeschädigungen an Bänken, Autohändlern und dem Lokalbüro der Neuen Demokratie (die regierende Partei) wurden verursacht. Die Polizei geht davon aus, das dies ein organisierter Angriff war, da die Angriffe innerhalb von elf Minuten, zwischen 2.03 und 2.14 Uhr, stattfanden. Brandsätze wurden bei einer Filiale der Geniki Bank, einer Agrotiki Bank, einem Fahrzeug der Post, sechs Autos eines Ford Autohändlers und dem Parteibüro deponiert. Um 3.28 Uhr wurde eine andere Brandstiftung gegen eine PPC (öffentliche Stromgesellschaft) festgestellt. Angriffe gab es auch in Thessaloniki, eine Millenium Bank und eine Eurobank wurden attackiert"*.

Nun ein Auszug aus dem Kommuniqué, welches von der anarchistische Gruppierung "Conspiracy of Cells of Fire" (Verschwörung der feurigen Zellen), aktiv zwischen Athen und Thessaloniki, herausgebracht wurde, um die Verantwortung für die Aktionen zu übernehmen. Dies ist mittlerweile der siebente koordinierte Angriff den diese Gruppierung unternommen hat.
"Und auch wenn einige unserer GenossInnen in des Feindes Falle gefallen sind, ihr müsst immer bedenken, das Wölfe immer geduldig in ihren Verstecken warten. Wir werden nah bei ihnen sein mit einem klaren Atem, wartend auf unser nächstes Treffen für unsere nächsten Angriffe.
Im Morgenrot von Freitag dem 30.5. haben wir unsere Verträge durch Feuer erneut, um keine weitere schweigende Nacht hinter uns zu lassen sind wir losgegangen um elf Brandstiftungen zu begehen (genauer gesagt gegen eine Millenium Bank und eine Eurobank, sowohl gegen auswärtige Autovermieter in Pilea).

Wir möchten diese Aktionen den in U-Haft sitzenden Anarchisten Marios Tsouparas und Chrissostomos Kontorevithakis widmen, beide einer versuchten Brandstiftung gegen ein Polizeiauto beschuldigt, sowohl dem Anarchist Vaggelis Botzatzis, der verschiedenen Brandstiftungen gegen ökonomische und Ziele der Herrschenden beschuldigt wird, alle drei warten während dieser tage auf eine Examinierung ihren Akten, was eventuell ihre Haft verlängern wird.

Wir schicken unsere revolutionären Grüße an die drei untergetauchten GenossInnen, beschuldigt in dem gleichen Verfahren wie Vaggelis, die den kompromisslosen Weg der Illegalität gegenüber einen Rückzug oder der Kapitulation gewählt haben. Unsere Feuern sollen ihre Spuren verdecken...

Es wird alles weitergehen – wir werden wiederkommen."

4.6, Thessaloniki: zwei Brandstiftungen in Solidarität mit den vier wegen dem Euro-Summit 2003 verurteilten Genossen: jeweils gegen ein Büro der Parteien PASOK und Neue Demokratie. Beide wurden angegriffen, weil sie regierende Parteien in Thessaloniki während dem Treffen waren, sowie dies immer noch sind und deshalb politische Verantwortung für die Repression und die folgenden Urteile zu tragen haben.

1.7, Thessaloniki: das Rathaus wird in Solidarität mit den anarchistischen Gefangenen M. Tsourapas und Chr. Kontorevithakis angegriffen.

1.7. Chania (Kreta): eine Filiale der Nationalbank am Kounoupidianonplatz wird in Solidarität mit M. Tsourapas und Chr. Kontorevithakis angegriffen.

3.7. Athen: über 1000 Menschen waren auf einer solidarischen Demo mit den drei Festgenommenen (zwei

davon sitzen im Knast – M. Tsourapas und Chr. Kontorevithakis) wegen einer versuchten Brandstiftung an einem Polizeiauto am 6.5.07. Nach dem einige DemonstrantInnen einen Sicherheitsdienst weggeschickt hatten, da dieser einen der Leute angegriffen hatte nachdem Graffiti gemalt wurde, griffen Zivilpolizisten und Riotcops die Demo an. Die Bullen setzen so massiv Tränengas ein, dass es unmöglich war überhaupt etwas zu sehen, während des ganzen befand sich ein Hubschrauber über der Demo als Einschüchterungsmittel.
Mindestens sechs Staatsdiener wurden während dem Riot verletzt, einige Luxuskarrossen wurden angegriffen sowie einige Banken. Ein Mercedes wurde in Brand gesetzt, außerdem wurde ein 18-jähriger Demonstrant von den Bullen festgenommen und verprügelt.

Die Adressen der Gefangenen:

beide sitzen aufgrund einer versuchten Brandstiftung an einem Polizeiauto in U-Haft:
Marios Tsourapas
Dikastikes Fylakes, Pteryga A'
18121 Korydallos

Chrisostomos Kontorevthakis
Fylakes Aylona
Parartima
19011 Aylona

Vaggelis ist aufgrund verschiedener Angriffe gegen kapitalistische Institutionen in U-Haft, mehr über ihn in der letzten Entfesselt:
Vaggelis Botzatzis
Dikastikes Fylakes
69100 Komotini

Giorgos sitzt in U-Haft wegen eines Bankraubs, der im Herbst 2007 in Athen stattfand:
Giorgos Voutsis-Vogiatzis
Dikastikes Fylakes Korydallos,
Pteryga E'
18121 Korydallos

Giannis wurde zu 25 Jahren Gefängnis aufgrund seiner Beteiligung an verschiedenen Banküberfällen verurteilt:

Giannis Dimitrakis
Fylakes Alikarnassos
Iraklio, Crete

Brief der zwei Anarchisten

Die beiden griechischen Anarchisten Tsourapas und Kontorevithakis waren im Juni verhaftet und von der Polizei brutal zusammengeschlagen worden. [Artikel und Fotos dazu bei indymedia Athen: *http://athens.indymedia.org/?lang=en*]

21 Juni 2008

Es ist Krieg, ob es uns gefällt oder nicht. In diesem Krieg müssen alle Stellung beziehen, sich positionieren. Die sogenannten „Neutralen", welche das Schweigen der Neutralität wählen, tun nichts anderes, als zur Stärkung der Herrschaft beizutragen.

Wir nehmen die Verbrechen nicht länger hin, die in den Schulzellen, den Psychatrien und Gefängnissen geschehen. Die fortgesetzt werden in der Lohnsklaverei, oder in anderen Worten: im institutionalisierten Raub an tausenden ArbeiterInnen. Wir akzeptieren nicht länger eine Gesellschaft, die im Sumpf des Konsumwahns und der Indifferenz untergeht: Eine Gesellschaft, die nichts anderes tut als vor der Herrschaft niederzuknien, die imperialistischen Kriege des neuen Rom zu erlauben, der pax Americana und ihrer gehorsamen Alliierten, die zahllose Tote zurücklassen auf ihrem Weg (Irak, Libanon, Afghanistan, Palästina) im Namen der Erzwingung eines demokratischen Totalitarismus.

Aus diesen Gründen haben wir als AnarchistInnen uns entschieden, an diesem Krieg auf Seiten der Revolution teilzunehmen, wobei wir uns von Anfang an über die Auswirkungen unserer Entscheidung im Klaren sind. Einer Revolution die mit Rosa Luxemburg gesprochen weiß „Ich war, ich bin, ich werde sein". Eine Revolution, die keinen anderen Weg kannt als anzugreifen.

Wir drücken unsere Solidarität mit allen politischen Gefangenen aus, die derzeit im Gefängnis sind, ob sie die gegen sie gerichteten Vorwürfe akzeptieren oder nicht.

Wir wollen nicht über unseren Fall reden oder die gegen uns gerichteten Schläge kommentieren. Wir wollen nichts sagen zu den undichten Stellen der Polizei und der Annahme gesammelter Informationen [???, Anm.Ü.] und fordern nichts für uns. Wir wollen jedoch die ungerechte Untersuchungshaft einer 20jährigen Studentin der Wirtschaftsuni von Athen skandalisieren, die absolut nichts mit der von uns versuchten Aktion zu tun hatte.

Es ist eine Provokation, einen 20jährigen Menschen einzig aufgrund des „belastenden" Beweises einer Freundschaft einzusperren, während zugleich Betrüger wie Tsitouridis und Papamarkakis* auf freiem Fuß sind, die den Menschen in Griechenland 800 Millionen Euro gestohlen haben und ihre räuberische Tätigkeit weiterhin unbeschadet fortsetzen.

SPITZEL VERPISST EUCH - VORWÄRTS GENOSSINNEN!

DER KAMPF GEHT MIT ALLEN MITTELN WEITER BIS WIR ENDGÜLTIG GEWONNEN HABEN!

DIE LEIDENSCHAFT DER FREIHEIT IST STÄRKER ALS ALLE GEFÄNGNISSE!

ZUERST UND IMMER DIE REVOLUTION!

M.Tsourapas
Vierter Flügel, Korydallos Gefängnis, Athen

Ch.Kontorevithakis
Aulona Gefängnis

*Ex-Arbeitsminister Savvas Tsitouridis musste sein Amt im späten April diesen Jahres niederlegen, nachdem bekannt geworden war, dass er und seine Mitarbeiter in einen skandalösen Handel staatlicher Schatzbriefe an einen Rentenfonds verwickelt war.

Repression in Frankreich

Rennes – Toulouse
Zwei GenossInnen wurden am 25.11. in Toulouse festgenommen, zwei Tage nachdem eine kleine Explosion in einem Feld bei Ginestou stattgefunden hatte: ein Anwohner notierte sich angeblich ihr Nummernschild. Die zwei sind nun im Gefängnis und ihr Verfahren wurde in die Hände der Antiterrorismusabteilung gegeben. Angeklagt wurden sie aufgrund des Diebstahls und Besitzes von „Sprengstoff". Am 23.01.08 wurden beide außerdem beschuldigt die Autoren eines versuchten Angriffs gegen die regionale Zollstation am 08.11. in Rennes zu sein, es wurde dabei ein gestohlenes Auto, in welchem sich drei Gasflaschen befanden in Brand gesteckt.

Fontaneay-sous-bois (Peripherie von Paris)
Zwei Genossen – Bruno und Yvan – wurden am 19.01. bei einer Bullenkontrolle festgenommen als sie auf dem Weg zu ihrem Auto waren. Eine dritte nachkommende Person – Damien – wurde auch festgenommen. Sie werden beschuldigt „2,5 kg Kaliumchlorat " sowohl „Krähenfüße" zu besitzen und wurden 48 Stunden nach der Festnahme wegen „Mitgliedschaft in einer subversiven Vereinigung", „Besitz und Transport von Materialien, die zur Brandstiftung oder Explosion verwendet werden können" sowohl „Verweigerung der Abgabe von DNA, Fingerabdrücken und Bildern" angeklagt. Dieses Verfahren wird nicht zur Antiterrorismusabteilung weitergegeben, die erste zwei Genossen sitzen nun in Fresnes und Villepint, der dritte leidet unter restriktiven Maßnahmen.
Ein anonymer Text erschien kurz nach der Verhaftung, darin wurde gesagt, dass das beschlagnahmte Material nichts weiter als Krähenfüße und eine Rauchbombe wären – Sachen, die in den letzten Monaten öfters bei solidarischen Demos mit denen im Internierungslager von Vincennes eingesperrten MigrantInnen benutzt wurde.

Vierzon (Cher)
Zwei GenossInnen aus Paris – Frank und Ines – wurden am 23.01. bei eine Zollkontrolle festgehalten. Sie werden beschuldigt „2 kg Kaliumchlorat zu besitzen" und „Dokumentation, welche zur Herstellung von Sprengstoffen dienen". Sie wurden erstmal für 96 Stunden festgenommen und danach zum Knast Fleury-Merogis gebracht. Das Verfahren gegen sie wurde an die Antiterrorismusabteilung weitergeleitet, die Anklage lautet: „Besitz und Transport von Materialien, die zur Brandstiftung oder Explosion verwendet werden können" und "Mitgliedschaft in einer terroristische Vereinigung".
Dazu wird die Genossin beschuldigt die Autorin einer anderen versuchten Brandstiftung am 02.05.07 in Paris gegen einen Reparaturwagen der Polizei, welcher vor einer Wache stand, zu sein. Als Beweis dienen der Polizei einige DNA-Proben aus einen Haar, welches auf dem Brandsatz gefunden worden sein soll.
Anfang März 2008 wurde Frank im Gefängnis zusammengeschlagen, daraufhin ins Krankenhaus gebracht und schließlich in ein anderes Gefängnis verlegt: die Schließer hatten das Gerücht unter den anderen Häftlingen verbreitet, dass er ein Faschist.

Nach diesen drei verschiedenen Ereignissen und zum ersten Mal nach längerer Zeit kann mensch in Frankreich eine Medienhysterie beobachten, welche sich gegen die „Anarcho-Autonomen" richtet, sie in eine Reihe mit „Al Qaida und ETA" stellt und sie als „eine der drei größten terroristischen Gefahren für unsere Nation" definiert. Zurückzuführen ist dies auf verschiedene Zeitungsartikel und Interviews mit der Innenministerin.
Während wir auf weitere Infos von Seiten der betroffenen GenossInnen warten, können wir nichts weiter hinzufügen, als dass durch die Erschaffung dieser artifiziellen und nicht existierenden „Stärke" der „Anarcho-Autonomen" und des Gespenstes des „Terrorismus" dies sich.in dieser Art und Weise auf alle Kämpfe und kommenden Ereignissen auswirken

wird, dass diese gelähmt und behindert werden.

Solidarität mit allen Gefangenen!

Update zu den Verhaftungen

Am Freitag, den 6. Juni wurden Ivan und Bruno, die seit dem 19. Januar in U-Haft waren, entlassen und unter richterliche Aufsicht gestellt worden. Die Ermittlungen dauern an, aber der Terrorismus-Vorwurf scheint an Fahrt zu verlieren. Im Rahmen der gleichen Ermittlungen wurde Farid, der am 23. Januar zusammen mit Isa in Vierzon festgenommen worden war, schon vor einer Woche freigelassen und unter richterliche Aufsicht gestellt. Isa hingegen sitzt immer noch im Gefängnis von Lille-Séquedin.

Hier dokumentieren wir einen Auszug aus dem Aufruf zur Aktionswoche in Solidarität mit alle Gefangenen die zwischen dem 9. und 16 Juni stattfand:
„Die kürzlich stattgefundenen Meutereien in den Abschiebegefängnissen und die Streiks mit Besetzung der Arbeitsstellen durch hunderte von „Sans-Papiers" hat uns alle daran erinnert, dass Ausbeutung und Einsperrung Hand in Hand gehen. Es reicht, sich die Entwicklung der Gefängnisarbeit anzuschauen oder die zusehends gefängnisartigen Arbeitsbedingungen in der Arbeitswelt der Lohnabhängigen, sowie die mit der Misere wachsenden Bedrohung der Inhaftierung, die dazu verleitet, immer schlimmere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren (was vor allen Dingen die „Sans-Papiers" betrifft, die Minderjährigen, jene die außerhalb der Lohnabhängigkeit leben wollen und alle „Feinde im Inneren").

Solidarität mit den Gefangenen ist nun notwendig, sollte aber über materielle Zuwendungen hinausgehen: Sie muss auf die existierenden sozialen Kämpfe aufbauen, sowie auf sämtliche Aktionen, die Widerstand gegen den reibungslosen Verlauf der Geschichte im Sinne von Staat und Kapital ausdrücken. Diese Solidarität soll ebenfalls eine Ausweitung und eine Intensivierung der Revolte bedingen und fördern.

Ob Nebelkerzen entzündet werden, ob Spruchbänder gemalt werden, ob Institutionen, die mit den Abschiebungen zu tun haben, attackiert werden, Sprüche gesprüht werden, Straßen blockiert werden oder Radiosendungen gestört werden, wie bereits vielerorts geschehen, die Bandbreite der möglichen Solidaritätsbekundungen ist sehr groß. In der Solidaritätswoche vom 9. zum 16. Juni sollen vielerlei solcher Aktionen konzentriert stattfinden, damit der Widerhall der Revolte über nationale Grenzen hinweg hörbar wird ...

Solidarität mit den zwei von Vierzon, sowie mit Bruno, Ivan, Damien und den anderen!
Freiheit für alle Gefangenen, mit oder ohne Papiere !
Freiheit für alle !"

Eine unvollständige Chronologie der Solidarität

5.4. Paris: Tausende DemonstrantInnen sind auf den Straßen in verschiedenen Städten im Solidarität mit den illegalisierten MigrantInnen. 300 GenossInnen laufen in Paris hinten den Transparent "Für die Zerstörung aller Abschiebeknäste", duzende von Bengalos wurden gezündet. Das Luxushotel Lutetia wurde angegriffen, sowie verschiedene Luxuskarossen und Schaufenster beschädigt.

11.4. Dijon: eine Kundgebung vor der Präfektur fand statt. Über 80 Leute blockierten die Straße mittels zweier großer Banner „Lasst Ivan, Bruno und die anderen frei" und „Hoch die Solidarität mit allen illegalisierten MigrantInnen", dazu wurden Slogans gesungen und Bengalos angezündet.

17.4. Paris: das Ibis Hotel erhielt Besuch - „Feuer für die Knäste!" und „ACCOR Kollaborateurin" wurde auf die Wände geschrieben, die Videokameras und die Überwachungsschirme wurden sabotiert, die Computer bekamen Keulenschläge ab. Das Ibis Hotel gehört der ACCOR-Gruppe, welche beim Geschäft mit Abschiebungen beteiligt ist.

21.4. Paris: ca. 50 Leute sind bei der Sitzung für Brunos Entlassung aus der U-Haft anwesend. Die Sitzung fand hinter verschlossenen Türen statt, die UnterstützerInnen blieben in den Fluren und riefen „Freiheit für Bruno. Freiheit für alle Papierlosen", „mörderische Herrschaft, die Justiz ist ihr Komplize". Laut Aussage eines Anwalts wurden die Slogans bis in den Gerichtssaal gehört und alle konnten mitbekommen, dass Bruno nicht alleine ist, da selbst der Richter und die AnwältInnen Probleme hatten sich untereinander zu verstehen. Nach 30 Minuten haben sich alle Solidarischen auf dem Gehweg vor dem Tribunal wieder getroffen unter dem Transparent „Hoch die Solidarität mit allen Papierlosen, Freiheit für Bruno, Ivan und die anderen".

22.4. Lille: Anschlag gegen die BNP Bank. Der Bankautomat wird mittels Hammerschlägen kaputt gehauen, die Schaufenster auch. Eine Kommuniqué klärt auf: *„Solidarität mit allen Gefangenen, mit oder ohne Papiere, mit oder ohne Chlorat. Freiheit für alle!".*

22.4. Grenoble: die Büros des CROUS (ein staatliches Organ, welches für Wohnungen und Verpflegung der StudentInnen verantwortlich ist) wurden für über fünf Stunden besetzt, um gegen die Beteiligung dieses Organs an der Festnahme eines papierlosen Studenten durch die Polizei am 8.4. zu protestieren. Das Kollektiv „Bengalos gegen alle" war auch dabei und rief zur Solidarität mit Bruno und Ivan auf. Zwei Bengalos wurde aus einem Fenster heraus angezündet, außerdem wurden Flyer runter geworfen, um Aufmerksamkeit bei den PassantInnen zu erreichen.

26.4. Paris: Soli-Konzert für alle Beschuldigten und Verhafteten im Bezug auf die Kämpfe gegen Abschiebungen. Hinter der Bühne war ein Transparent in Solidarität mit Bruno und Ivan zu sehen.

28.4. Paris: Kundgebung während der Sitzung für die „Freilassung" von Ivan in und vor dem Berufungsgericht. Über 70 Menschen riefen „Freiheit für die Papierlosen, Freiheit für Ivan". Während sie als kleine Demo aus den Tribunal herauskamen, wurden sie von den Bullen auf dem Treppen angegriffen, wobei die GenossInnen sich zur Wehr setzten, dabei wurde eine erstmal festgenommen. Danach wurde ein Teil der Leute einkesselt, während andere von den Bullen auf dem

Platz vor dem Tribunal hin und her gejagt wurden. 28 GenossInnen wurden festgenommen und blieben vier Stunden auf der Bullenwache. Eine Genossin, die auf einer Bank gefesselt wurde, wurde verprügelt und am folgenden Tag ohne jegliche Anklage entlassen.

29.4. Paris: ein Büro von Air France wurde angegriffen. Die sechs Schaufensterscheiben des Büros wurden zertrümmert und ein Graffiti „air france schiebt ab, lasst uns air france zertrümmern" wurde angebracht. Ein Kommuniqué, welches im Internet zu lesen war lies verlauten: *„Lasst uns die Abschiebemaschinerie in all ihren Erscheinungen und mit allen Mitteln sabotieren, all den Firmen die da mitmachen und an der Abschiebepolitik profitieren auf die Nerven gehen. Freiheit für alle Gefangenen, mit oder ohne Papiere, mit oder ohne Chlorat".*

30.4. Paris: zwei Geldautomaten der BNP (eine Bank, die dafür bekannt ist, dass sie Papierlose der Polizei übergibt) wurden mit Hämmern zerstört, sowie alle Fensterscheiben des Roten Kreuz (die sind bei Abschiebungen in Frankreich immer dabei, sowohl Mitleiter von Abschiebeknästen in Belgien und Italien), außerdem ein Mercedes, der einem Diplomat gehörte. Am gleichen Abend hat auch ein Büro von ANAEM (ein staatliches Organ, das die Aufgabe hat Geld für Abschiebungen zu verwalten) seine Scheiben in Scherben gehen gesehen. Ein Kommuniqué aus dem Internet: *„Solidarität mit allen, die innerhalb der Knäste, Abschiebelager oder Polizeiwachen rebellieren".*

Ende April, Montreal, Kanada: ein Geldautomat wird kaputtgemacht, Graffiti in Solidarität mit Bruno und Ivan, sowohl gegen alle Abschiebeknäste werden hinterlassen.

1.5. Brüssel, Belgien: ein Geldautomat der Post (die verwalten die Kontos der Abschiebeknäste und von Knästen generell) wird abfackelt, das Graffiti "Feuer für die Knäste – Feuer für die Abschiebeknäste" wird hinterlassen.

4.5. Grenoble: Konzert in einem besetzen Haus in Solidarität mit Bruno und Ivan.

4.5. Paris: einige hunderte Menschen demonstrieren für die Schließung der Abschiebelager von Paris bis nach Vincennes, wo MigrantInnen gerade eine Hungerstreik unternahmen. Eine Abgeordnete der sozialistischen Partei von Paris, die das Wort ergreifen wollte wurde fortgejagt und musste unter Polizeischutz verschwinden. Keny Arkana und Kalash (Hip-Hop SängerInnen) spielten vor dem Abschiebeknast ein Konzert.

7.5. Toulouse: Kundgebung mit 30-40 Personen vor dem Gericht. Banner mit der Aufschrift „Nein zum Staatsterrorismus", „Nein zur Repression gegen den Protest" und „Solidarität mit allen Gefangenen" wurden mitgebracht. Bevor die Leute sich in Bewegung setzten, um eine spontane Demonstration zu veranstalten, wurde ein Brief von Bruno und Ivan vorgelesen.

10.5. Paris: die Sendung des Radio France Culture wird unterbrochen und ein Text vorgelesen, seine Ende lautet „Solidarität mit Bruno und Ivan sowohl mit allen Gefangenen".

13.5. Grenoble: Kundgebung mit 80 GenossInnen vor dem Gericht in Solidarität mit Regis, Najib (Papierlose, die verhaftet

wurden), Bruno, Ivan und allen Papierlosen. Der Brief von Bruno und Ivan wurde als Flyer verteilt, ein Transparent mit der Aufschrift „Hoch die Solidarität mit allen Papierlosen, Freiheit für Bruno, Ivan und alle anderen" wurde aufgehängt. Vier Bengalos wurden gezündet während der Kundgebung und noch zwei weitere während der Demo der GymnasiastInnen, die gleichzeitig stattfand, an die sich die TeilnehmerInnen der Kundgebung anschlossen.

24.5. Paris: ein Hip-Hop Konzert wurde veranstaltet unter dem Motto „Gegen die Abschiebemaschinerie, für Ivan, Bruno und alle anderen".

28.5. Rennes: ein öffentliches Treffen wird in Solidarität mit Bruno und Ivan abgehalten.

7.6. Lyon: Kundgebung vor dem Gericht mit einem Banner "Hoch die Solidarität mit den illegalisierten MigrantInnen, Freiheit für Bruno und Ivan" außerdem wurden Bengalos gezündet.

9.6. Genf: mehrere Demos finden statt.

9.6. Paris: drei solidarische Transparente werden in der Nacht aufgehangen

9.6. Lyon: während der Nacht werden Büros von fünf Institutionen, die an der Jagd auf illegalisierte MigrantInnen beteiligt sind, angegriffen: ihre Scheiben werden zerstört und Farbe ins Innere geworfen. Die ANEM, welche Arbeitskräfte sowie „freiwillige" Abschiebungen in Herkunftsländer organisiert; Air France, welche die täglichen Abschiebungen ermöglicht; der Luft- und Zollpolizei, welche die illegalisierten MigrantInnen unterdrückt, kontrolliert und abschiebt; eine Filiale von Bouygues Immobilien, welche Knäste und Abschiebelager mitbauen; eine Filiale der BNP Bank, welche MigrantInnen ausbeutet und ihre Namen, sobald sie sich einer Filiale angemeldet haben an die Polizei übergibt, damit die sie verhaften können.

9.6. Moskau: mehr als 30 AnarchistInnen halten eine Kundgebung vor der französischen Botschaft ab, Flyer werden verteilt, Bengalos gezündet und ein Transparent aufgehangen. Die gleiche Aktion wird am 11.6. wiederholt.

11.6. Rouen: ein Transparent "Feuer den Abschiebeknästen, Freiheit für Isa und alle Gefangenen" wird an der Wand eines Theaters aufgehangen.

11.6 Grenoble: Kundgebung vor dem Gericht und kurze Besetzung des Museums des Widerstands von 50 Personen.

12.6. Paris: Die APIJ (öffentliche Agentur für den Immobilienbau der Justiz), welche Knäste baut wird angegriffen. Graffiti wie "Feuer den Knästen", "Freiheit für Isa" und "Freiheit für alle Gefangenen" werden hinterlassen.

13.6. Paris: verschiedene Fahrzeuge werden gleichzeitig in unterschiedlichen Stadtteilen angezündet: ein diplomatisches Auto des Ökonomieministers, ein LKW der Firma Forclum (die zur Firma Eiffage gehört, welche an Knastneubauten beteiligt ist) und einen Kleintransporter der Stadt.

13.6. Brüssel: der Eingang der U-Bahnstation Ossenghem wird innerhalb weniger Minuten kaputtgemacht und das Graffiti "Für das Ende der polizeilichen Massenverhaftungen" hinterlassen.

13.6 Moskau: bei einer Air France-Filiale werden die Graffiti "Solidarität mit allen MigrantInnen" und "no states, no borders, no races" hinterlassen.

14.6. Vigan: Kundgebung auf dem Markt mit Transparenten, Musik und Flyern.

15.6. Paris: Kundgebung beim Porte de Chapelle. Dieser Ort wurde ausgewählt, weil in diesem Stadtteil die Polizei mehrere Massenverhaftungen gegen MigrantInnen durchgesetzt hat.

16.6, Brüssel: ein Kleintransporter der Firma ISS cleaning, die an der Reinigung in belgischen Abschiebeknästen beteiligt ist, wird angezündet.

16.6. Vancouver: verschiedene Graffiti wurden auf dem Gebäude des Ministers zum Schutz der Öffentlichkeit hinterlassen: „fuck probation", „Lasst uns die Knäste zerstören", „grenzenlose Solidarität – die Freiheit ist unser Verbrechen".

17.8. Lille: Schaufenster bei BNP gehen zur Bruch.

9.-16.6. Grenoble: verschiedene Institutionen, die an der Abschiebemachinerie aktiv beteiligt sind wurden angegriffen - Schaufenster zerstört, Graffiti hinterlassen und Büros zerstört: Air France, Bouygues, Rotes Kreuz (die Abschiebeknäste unter "menschlichen" Bedingungen in Frankreich und Belgien bauen), die TAG (ÖPNV), weil sie den Namen einer illegalen Migrantin an die Polizei verraten hat und die CGT (linke Gewerkschaft), welche die MigrantInnen, die ihre Büros besetzten angegriffen hat.

9.-16.6. Bizkaia, Baskenland: in den Städten Algortas und Erromos wurden jeden Tag Banner und Plakate über die Situation der Gefangenen aufgehängt. In Astarbadua haben einige Leute für eine halbe Stunde lang Faxe an die französische Botschaft in Spanien geschickt.

24.6. Paris: ein Dutzend Leute hat den Anfang einer Konferenz mit Philip Gordwoods (der seit Jahren eine Recherche über DNA zusammen mit der Polizei vorantreibt) gestört. Flyer wurden verteilt und die Protestierenden haben das Mikrofon ergriffen, um zur Solidarität mit den Gefangenen aufzurufen, vor allem mit Isa und Juan, welche aufgrund von DNA-Proben einsitzen.

Brief von Ivan und Bruno

erschienen auf Indymedia Paris am 21 April 2008

Wir schreiben heute an alle Freunde, an alle, die sich nicht von den Verhältnissen unterkriegen lassen: Polizeisperren in den Straßen, Razzien gegen Menschen ohne Papiere, Abschiebungen, alltägliche Schwierigkeiten und die Fremdbestimmtheit des Lebens; der Zwang, einen immer größeren Teil unseres Lebens allen möglichen Chefs zu überlassen, denen, die über uns entscheiden und Macht ausüben. Unser Widerstand setzt dort an: es geht um die Freiheit zu leben.

Wir wurden am 19.Januar festgenommen. Wir beide befinden uns seitdem in Untersuchungshaft, der dritte von uns ist unter richterlicher Aufsicht. (Er machte sich des Umstandes schuldig, im Moment unserer Festnahme zufällig vorbeizukommen und uns zu kennen.). Wir hatten eine Rauchbombe dabei, die wir aus einer Mischung von Natronchlorat, Zucker und Mehl hergestellt hatten. Einmal angezündet, qualmt diese Mischung stark. Wir hatten vor, sie während der Demonstration einzusetzen, die an diesem Tag wieder zum Abschiebegefängnis in Vincennes führen sollte. Unser Vorhaben: für die eingesperrten Sans-Papiers sichtbar zu sein, und dies trotz der Polizei, die uns sicherlich in Entfernung des Knastes halten würde. Wir hatten auch Knallkörper und verbogene Nägel dabei, die auf der Straße ausgelegt werden können, um Autos am Wegfahren zu hindern.

Für die Polizei und die Justiz stellt das ein gefundenes Fressen dar: es muss sich um die Bauelemente einer Nagelbombe handeln. So lauten unsere Anklagen folgendermaßen:
Besitz und Transport von brandstiftenden oder explosiven Substanzen und Produkten zur Herstellung eines brandstiftenden oder explosiven Gegenstandes, um eine Zerstörung, eine Sachbeschädigung oder eine Gefährdung von Menschleben hervorzurufen
Gründung einer kriminellen Vereinigung, mit dem Ziel, eine Zerstörung durch Brandstiftung, explosive Substanzen oder andere Mittel durchzuführen, die eine Gefahr für Menschenleben darstellen
Verweigerung der polizeidienstlichen Erkennungsmaßnahmen (Fingerabdrücke, Fotos)
Verweigerung der Abgabe einer DNA-Probe

Es läuft einem kalt den Rücken runter. Soweit zu den Anklagen, wir werden uns nun an einer Analyse der Ereignisse versuchen.

Die Art, in der wir behandelt werden, kann nicht mit den Dingen erklärt werden, die wir dabei oder geplant hatten. Dem Staat geht es vielmehr darum, Widerstand zu kriminalisieren und Dissidenz zu unterdrücken. Es geht um unsere Ideen und unsere Art zu kämpfen: außerhalb der Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen. Weil sich diese Wut nicht kontrollieren oder vereinnahmen lässt, versucht der Staat, sie zu isolieren und einen „Feind im Inneren" auszumachen. Polizei und Verfassungsschutz legen Dateien mit ‚Täterprofilen' an. In unserem Fall ist es das der „Anarcho-Autonomen". Von dort zieht der Staat eine direkte Verbindungslinie zum Terrorismus und schafft so ein Bedrohungsszenario, um einen gesellschaftlichen Konsens zur Verstärkung der Kontrolle und Legitimation der Repression zu schaffen.

Deshalb sind wir heute im Gefängnis. Dies ist der Umgang, den sich der Staat bei jeglichen illegalen Handlungen und mit sogenannten ‚Risikobevölkerungen' vorbehält. Es geht darum, immer mehr Menschen immer länger wegzusperren. Immer effizientere Kontrollen und Sanktionen, die Angst machen, sorgen im Interesse derer, denen die herrschende Ordnung nutzt, dafür, dass alle an ihren Plätzen bleiben, wissend, dass es nicht möglich ist, die vorgesehenen Wege zu verlassen ohne den hohen Preis zu bezahlen. Wir kämpfen mit den Menschen ohne Papiere, weil wir wissen, dass es die gleiche Polizei ist, die kontrolliert, der gleiche Chef, der ausbeutet und die gleichen Mauern, die einsperren. Wir waren auf dem Weg zur Demonstration, um mit den Gefangenen zusammen ‚Freiheit' zu rufen, um zu zeigen, dass wir viele sind, die ihre monatelange Revolte im Gefängnis wahrnehmen. Eine Rauchbombe anzuzünden, so nah wie möglich an die Gitter des Gefängnis zu kommen, ‚Abschiebeknäste zu Baulücken' zu rufen, mit der Überzeugung, frei leben zu wollen. Der gemeinsame Kampf schafft einen Raum um Solidaritäten zu knüpfen und unserer Revolte Ausdruck zu verleihen.

Wir verstehen uns nicht als ‚Opfer der Repression'. Es gibt keine gerechte Repression, keinen gerechten Knast. Es gibt die Repression und ihre Funktion, ihre Rolle der Aufrechterhaltung der Ordnung: die Macht der Besitzenden über die Besitzlosen.

Wenn alle in der Reihe laufen, ist es einfach, die zu bestrafen, die ausscheren.

Wir hoffen, dass wir viele sind, unsere Leben in die Hand zu nehmen und diese Wut im Herzen zu tragen, um die Solidarität aufzubauen, aus der der Widerstand ist.

Bruno und Ivan aus den Gefängnissen von Fresnes und Villepinte, April 2008

Brief von Isa* und Farid*

aus den Gefängnissen von Lille-Séquedin und Meaux, Mai 2008

Zu Beginn ging alles sehr schnell. Wir waren zu zweit im Auto als wir vom Zoll in Vierzon kontrolliert wurden. Bei einer Durchsuchung wurden in einer Tasche Anleitungen zur Sabotage und zur Herstellung von explosiven Stoffen, ein Plan von einem neuen Jugendgefängnis, der auch im Internet zu haben ist, und eine kleine Menge von Natronchlorat gefunden. Die Zusammenstellung der Dinge trägt sicher erheblich zu ihrem subversiven Gehalt bei... vor allem, weil Farid* der Polizei wegen seinem politischen Engagement gegen Gefängnisse und in den Kämpfen der Menschen ohne Papiere und ohne Wohnraum bekannt war. Isa* hingegen war der Polizei eine Unbekannte.

Die Ermittlungen wurden sofort von der Antiterrorismus-Abteilung in Paris übernommen. Mehrere Hausdurchsuchungen haben nichts ergeben, außer dass mehrere Knallkörper, Flyer und politische Veröffentlichungen beschlagnahmt wurden, die angeblich die Idee eines terroristischen Projekts nachweisen sollen. Solche Kurzschlüsse können wir nur zurückweisen.

Wie kann jemand wegen einer Sache angeklagt werden, die er nicht getan hat und die nicht getan wurde? Auf Verdacht hin und auf der Grundlage von Dokumenten, die an sich nichts beweisen? Es ist einzig die politische Dimension, die hier als Bedrohung gewertet wird. Heißt das, dass jede Revolte ein Verbrechen ist, das sich jede_r Demonstrant_in, jeder freie und engagierte Mensch schuldig macht?

Unsere Ingewahrsamnahme wurde auf 96 Stunden verlängert und nach 72 Stunden konnten wir erst mit unserem Anwalt sprechen. DNA-Proben wurden gegen unseren Willen genommen und Isas* DNA soll im letzten Frühling auf einem „brandstiftenden Gerät" vor dem Polizeipräsidium des 18.Arrondissements in Paris gefunden worden sein. Bis jetzt hatten die Ermittlungen nichts ergeben. Isa* weist jede Verbindung zu diesem Fall zurück. So ist die DNA-Entnahme ein sehr umstrittenes Mittel: im Zuge solcher und ähnlicher Ermittlungen dient sie immer zur Anklage von Personen, die verdächtigt werden, und die Pseudo-Objektivität der Wissenschaftlichkeit soll jegliche Infragestellung dieses Vorgehens verhindern.

Wir gehören beide keiner politischen Gruppe an, sondern sind welche von denen, die ihr sicherlich schon auf Demonstrationen, Kundgebungen, öffentlichen Treffen, Solikonzerten, Filmvorführungen, Diskussionsbeiträgen... getroffen habt: Teil der sozialen Kämpfe und verbunden in einer kollektiven Bewegung.

Vielleicht habt ihr in der Presse von den „Anarcho-Autonomen" gelesen. Sobald sich die Unzufriedenheit und die Wut mit mehr und mehr Überzeugung auf die Straße getragen wird, verlautbart der Staat, dass es radikale, extremistische oder von Gewalt verblendete und faszinierte Gruppen sind, die den Ton angeben und manipulieren. Diese Konstruktion hat ein Ziel: sie zeigt, dass man sich in acht nehmen muss, sie zeigt die Grenze an, die nicht überschritten werden darf, die bedrohliche Illegalität, Repression, Kriminalisierung... Insgesamt handelt es sich um eine Strategie, die die zum Schweigen bringen soll, die sich für ihre Ideen einsetzen, die gegen Unterdrückung und für Freiheit kämpfen... Wir wurden in diese Kategorie einsortiert, ohne dass wir sie uns ausgesucht hätten... Es handelt sich um einen unscharfen Begriff, hinter dem sich angeblich organisierte terroristische Gruppen verbergen, die „durch Einschüchterung und Terror" Schaden zufügen wollen. So sind wir zu einer furchtbaren Bedrohung für den Staat geworden... damit das glaubwürdig ist, wird die nächstbeste zur Terroristin gemacht, und zwar mit allen Mitteln der Rhetorik.

So wurden wir im Gefängnis unter besonderen Bedingungen in der Kategorie „besonders bewachter Gefangener" oder

„Risiko-Gefangener" (letztere Kategorie ist nur in der Haftanstalt von Fleury-Mérogis geläufig) inhaftiert. Wir können sagen, dass uns so die Tragweite und die Folgen der Paranoia von Seite der Macht erst deutlich wurden. Wir sind einer intensivierten Überwachung ausgesetzt. Ohne dass wir verurteilt wurden, sehen wir uns einer politisch motivierten Verbissenheit gegenüber, die eine Motivation hat: durch uns soll die Existenz eines ultra gefährlichen terroristischen Netzwerkes gezeigt werden. Ist diese Zuschreibung erstmal erfolgt, sind alle Vereinfachungen erlaubt, alles muss aus dieser Perspektive interpretiert werden, alle Elemente müssen so gelesen werden, dass sie diese Konstruktion stützen. Das ist besonders beunruhigend und irre. In den vier Monaten der Untersuchungshaft haben wir zu spüren bekommen, wie der Staat auf diejenigen, die sich nicht ruhig halten wollen, mit zerstörerischer Rache und Bestrafung reagiert; wie er seine Autorität zum Beispiel durch ständige und willkürliche Verlegung in andere, weit entfernte Haftanstalten spielen lässt und so eine wirkliche Verteidigung sehr erschwert. Vor kurzem haben wir erfahren, dass die Ermittlungen in unserem Fall mit denen von „Créteil" (die Anklage gegen Ivan und Bruno) zusammengelegt wurden: die Ermittlungen gegen die „Anarcho-Autonomen"...

Wir wollen nicht Spielball der Machtinteressen von politischen und repressiven Institutionen sein: lasst uns gemeinsam verhindern, dass der Staat uns die Orte der Auseinandersetzung nimmt!

Isa* und Farid* - * Namen geändert

Warum ich abgehauen bin - Bruno

Am 5. Juli 2008 schickte Bruno einen offen Brief an Indymedia Frankreich, indem er verkündet, dass er sich nicht mehr an die Meldepflicht halten und in die Illegalität abtauchen wird.

WARUM ICH ABGEHAUEN BIN.

An alle Kamarad_innen, Freund_innen und alle, die von Nahem und aus der Fernen unsere Geschichte mitverfolgt haben.

Ich bin im Januar festgenommen worden und nach vier ein halb Monaten im Gefängnis, in denen ich um bessere Haftbedingungen gekämpft habe, bin ich jetzt unter strengen Auflagen draußen.
Diese Auflagen sind eine Art individualisiertes Regelwerk, in dem festgeschrieben ist, was du machen darfst und was nicht. Ich durfte die Gegend von Belfort und das Departement Haute-Sâone (Ostfrankreich) nicht verlassen, weil mein Vater dort wohnt und mir das als Wohnort vorgeschrieben wurde. Theoretisch durfte ich nur zur Arbeitssuche und -verrichtung das Haus überhaupt verlassen, und für die Erfordernisse der polizeilichen Untersuchungen. Die Idee dahinter ist eine verstärkte soziale Kontrolle und der absolute Zugriff der Polizei und der Justiz auf mich, auf meinem Körper. Zum Beispiel musste ich mich jede Woche bei der örtlichen Polizeiwache blicken lassen und zweimal im Monat einen Bullen vom Integrationsdienst des Strafvollzugs treffen, der die Verbindung zum ermittelnden Richter hält. So gesehen sind die Dinge einfach: du verhälst dich tadellos, man sucht dir einen Platz und dort bleibst du oder aber du gehst zurück ins Gefängnis. Und vor allem: Damit gibts nichts zu spaßen.

Während des Monats unter richterlicher Aufsicht hatte ich das ungute Gefühl, weit weg von allen Orten der sozialen und politischen Kämpfe zu sein und meinem eigenen Tod als politisches Subjekt beizuwohnen.

Die Spielregeln zu akzeptieren bedeutete, mich zu untergeben, meine Wut zu verleugnen, selbst wenn wir manchmal denken, dass es möglich ist, sich zu sagen „ich spiele das Spiel eine Zeit lang, bis es wieder ruhiger wird" oder „ich gebe vor, ihr Spiel zu spielen". Ich habe mich also jeglicher Entscheidung enthoben gefühlt: wie ich die Konfrontation mit dem Existierenden suchen möchte, wie ich für eine radikale Veränderung der Räume, in denen wir leben, und gegen die kapitalistische Regulierung unserer Leben, kämpfen möchte.

Meine Geste drückt einfach meine Revolte gegen das, was mir aufgezwungen will, aus. Ich besitze nichts außer mein eigenes Leben und so konnte ich mich entweder klein kriegen lassen und alles, was ich bis jetzt gemacht habe, aufgeben oder aber kämpfen, die vorgeschriebene Situation nicht akzeptieren und die Räume nehmen, die mir offen stehen.
Als Spielraum blieb mir also nur die Illegalität, die Klandestinität und die Flucht. Zuerst, um ein wenig Distanz zwischen die Bullen und mich zu bringen. Und dann, um es zu wagen in der Gegenwart zu leben, ohne Reue.
Ich weiß, dass dieser Weg hart ist, dass einen das Gefängnis oft einholt, dass die Krallen der Repression die einfangen, die in der Illegalität kämpfen. Aber ich weiß auch, dass einige Stunden der künstlichen Freiheit, die ich der Unterdrückung abtrotze, mehr zählen als alle Zeit, in der mir die Luft zum Atmen in kleinen Portionen aus der Hand der Herrschenden verabreicht wird.

Ich möchte mich nicht beherrschen und mir vorschreiben lassen, was richtig und was falsch ist. Dabei ist es unwichtig, wie über mich gedacht wird. Ich möchte in ständiger Auflehnung gegen die Unterdrückung leben. Und von dieser Position aus möchte ich Beziehungen aufbauen, die kollektives Handeln ermöglichen, weil das Politik ist: sich darüber verständigen, was wir wollen und dementsprechend handeln. Der Ausgangspunkt sind die Probleme, die wir haben, und wir handeln, ohne auf den Chef zu warten, der uns sagt, ob er einverstanden ist oder nicht.

Unterzutauchen heißt, mich wieder denen anzuschließen, die kämpfen und deutlich zu machen, dass ich kein regierbarer Körper bin. Das heißt, dass ich mit der Kritik an Unterdrückung und an der Macht des Kapitalismus noch nicht abgeschlossen habe, dass ich noch nicht aufhöre unter den Hunderten und Tausenden zu sein, die sich in ihren jeweiligen Kontexten gegen die Verrücktheit unserer Zeit auflehnen. Ich habe es nicht aufgegeben zu denken, dass sich die Freiheit in den Kämpfen für die tägliche Aneignung unserer Leben findet.

Ich denke an alle, die ihre Solidarität den Freunden im Gefängnis zeigen. Besonders denke ich an alle, die weiter im Gefängnis sind: Kraft, Mut und Entschlossenheit.
Für alle, die die Zerstörung unserer Leben gegen Geld, Status oder sonst was eintauschen, habe ich nur tiefe Verachtung übrig. Ich möchte euch nicht wiedersehen.

Aus der Klandestinität.
Feuer und Flamme allen Gefängnissen.
Feuer und Flamme dem Kapitalismus.
Bruno

Einige Soliaktionen, die weltweit vollzogen wurden

23.6. Montevideo, Uruguay: in der Nacht des 23.6. wurde ein Sprengkörper mit geringem Potential vor der Handelskammer deponiert. *„Um alle französischen GenossInnen und all diejenige, die gegen die Repression und der Freiheitsberaubung des französischen Staates entgegentreten, zu begrüßen.*
Weil Solidarität ist weit mehr ist als ein geschriebenes Wort
Freiheit für alle!„

13.6. Santa Cruz, USA: *„Kurz nach Mitternacht des 13.6. erfuhr das Gericht von Santa Cruz kein schlechtes Glück, aber einen bewussten Akt der Revolte. Inspiriert von Aktionen, die bereits in dieser Umgebung stattgefunden haben, sowohl von Kämpfen, die in dem restlichen Teil der Welt stattfinden, wurden einige Felsblöcke gegen zwei Scheiben des Gerichts geworfen. Der Bruch der Scheiben war für ein Moment der äußersten Freude für uns. Wir wollen dies jedem/r Gefangenen, der/ die gezwungen wird die entmenschlichende Farce der kalten Justiz zu erleiden widmen, aber speziell diesen GenossInnen:*

Erich McDavid, gerade gefangen gehalten in Fresno. erst neulich zu 20 Jahren Knast verurteilt wegen der Beteiligung an einer „Verschwörung", die nie aktiv wurde. Mutig sein, um jemand zu vertrauen (im Erics Fall den falschen) und die Möglichkeiten des Handelns zu diskutieren werden als eine der größten kriminellen Taten heutzutage betrachtet. Mögen wir alle auch solche Taten äußern und selbstverständlich auch ausführen.

Marie Mason, letztes Opfer der Operation „Green Scare", beschuldigt eine Brandstiftung im Namen der ELF gegen die Abteilung für Gentechnologie der Universität Michigan begangen zu haben. Die Regierung hat eine mutige Person gefangen genommen und versucht sie zu isolieren, aber es gibt unzählige Menschen, die sich solidarisch mit Personen verhalten, die sie niemals gesehen haben.

Daniel McGowan, der erst neulich in das Gefängnis von Portage Wisconsin verlegt wurde und möglicherweise eine Vorladung vor das große Geschworenengericht erhalten wird. Er hatte den Mut sich zu einigen Brandanschläge der ELF zu bekennen, ohne dabei seine AktivistInnen zu verraten und wir sind sicher uns, das er weiterhin seine Integrität behalten wird. Wir honorieren auch Sadie, Exile und Jonathan Paul, weil auch sie geschwiegen haben im Operation Backfire Fall.

Leonard Peltier, indigener Kämpfer verurteilt zu zweimal lebenslänglich aufgrund eines Mordes im Jahr 1975 an zwei FBI-Agenten, die in das Oglala Territorium eindrangen. Trotz vieler Forderungen nach seiner Freilassung behält die USA ihn weiter hinten Gittern. Seine Anwälte haben erneut seinen Fall vor dem Berufungsgericht eingebracht.

John Graham aus dem Yukon, Verteidiger der indigenen Gebiete wird beschuldigt des Mordes an seiner Mitkämpferin Anna Mae Pictou Aquash im Jahr 1975, welchen das FBI anfangs vertuschen wollte. Anna Mae's Tod steht im Kontext von über 76 Morden an AktivistInnen durch die Hand der Regierung und des COINTELPRO-Programms des FBI (das der Zerstörung des indigenen Widerstands dienen sollte) die im Pine Ridge Reservat zwischen 1973 und 1976 stattgefunden haben. Die Verfolgung Grahams ist die Fortsetzung der Versuche der kolonialistischen Regierungen Kanadas und den USA, um indigenen Widerstand zu spalten, gegeneinander aus zuspielen und um die kolonialische Unterordnung zu festigen.

Die Mohawk-Kämpfer von Tyendinaga und Six Nations, die für die Souveränität ihrer Gebiete gekämpft haben. Nach den vielen Prozessen vor den Kolonialgerichten Kanada, wurden 12 neue Haftbefehle präsentiert.

Die AktivistInnen in Olympia Washington, welche längere Haftstrafe bekommen werden für Steinwürfe auf Banken am 1. Mai.

Lukas Winkler, Stephanie Trager und Sven Maurer, die drei HausbesetzerInnen aus München, welche zu je fünf Jahre Knast verurteilt wurden, wegen Steinwürfen auf Bullen während der Verteidigung ihres Hauses. Verurteilt vom deutschen Staat unter der absurden Vorwurf des „versuchten Totschlags".

Isa, Farid, Damien, Bruno und Ivan aus Frankreich, beschuldigt dem Besitz von Sprengstoff (Rauchbomben) und Zugehörigkeit zu einer „kriminelle Vereinigung mit terroristische Absichten". Rauchbomben und Bengalos wurde gezündet in ganz Frankreich in Solidarität mit den in französischen Knäste gefangenen GenossInnen, ihr Kampf gegen Knäste und Abschiebelager wird fortgesetzt und ausgedehnt.

Und letztlich, aber auf jeden Fall, an dich, der/die diesen Text liest, an jeden Rebellen der vielleicht eines Tages selbst aufgrund der Verbrechen der Freiheit eingeknastet ist. Mögen alle Scheiben der Gerichte zerschlagen, alle Knastmauern zerstört sein. Mögen alle von uns frei sein.

Solidarität durch Revolte

die Unkontrollierbaren„

13.6. Thessaloniki, Griechenland: am Freitag, den 13.6 wurde einer symbolische Blockade vor dem französischen Konsulat abgehalten, um damit ein minimales Zeichnen der Solidarität gegenüber den französischen GenossInnen zu zeigen. Sie sind mit staatlicher Repression konfrontiert und erfahren selber den paneuropäischen Versuch, radikal Kämpfe und Handlungen zu kriminalisieren.

Solidemo in Tokyo wegen inhaftierten Anti-G8-AktivistInnen

Am 12.Juli fand in Tokyo eine Demonstration in Solidarität mit den 3 politischen Gefangenen vom NoG8-Protest in Sapporo statt. Es haben fast soviele Leute teilgenommen, wie bei der No-G8 Demo vor einer Woche in Tokyo. Diesmal war die Stimmung jedoch um einiges aufgeweckter.
Viel mehr gibt es auch eigentlich nicht zu schreiben: Hunderte Menschen forderten die sofortige Freilassung der 3 Freunde, die während der Proteste in Saporro (Hokkaido) festgenommen worden waren (siehe: . Einer von ihnen war der Fahrer des Lautsprecherwagens, die anderen Beiden Dj`s auf dem Wagen – allesamt wurden aus unerklärlichen Gründen brutal festgenommen (mehr).

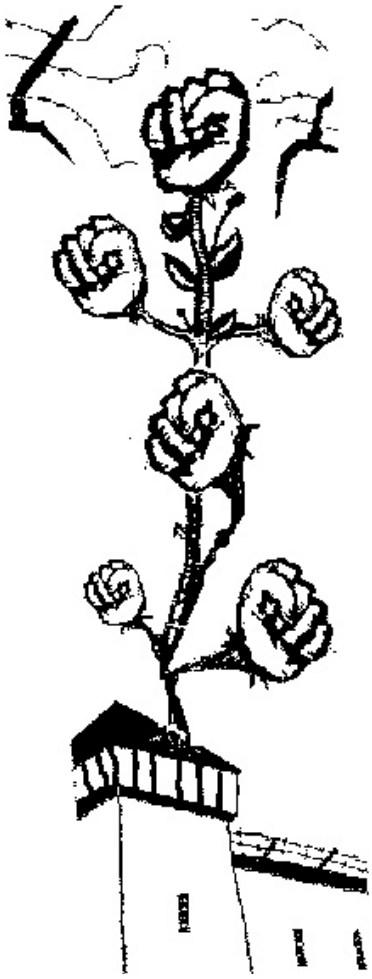
Offensichtlich wollte die Polizei mit dieser wahllosen Festnahme den Rest der Demo in Sapporo abschrecken und suchte sich die ungeschütztesten Opfer aus, die nämlich den Wagen nicht einfach stehen lassen konnten, also der Repression ausgeliefert waren. Vor zwei Tagen wurde die Haft um 10 Tage verlängert ohne ersichtlichen Begründung.

Die bekannte Repression der Polizei hielt sich auch auf der Antirepressions-Demo: Von allen Seite wurde die Demo von Polizisten eingekesselt und dazu gedrängt schnell zu gehen, damit die unangenehme Meinungsäußerung ja schnell vorbei ist. Die Leute waren jedoch recht aktiv, versuchten hier und da, sich der Polizei zu widersetzen, so zu demonstrieren wie sie wollten. Bewundernswerte Transpis und Plakate gab es, welche die Augen von PassantInnen auf den Inhalt der Demo zogen. Vor allem am Schluss kam gute Stimmung auf. Obwohl die Demo schon beendet war, blieben die Leute noch auf der Straße und schrien ihre Hälse heiser: Freiheit für die Gefangenen!

Solidemo für Christian und Andrea in Tel Aviv

Zwischen den viele Demonstrationen und Aktionen in den West-Bank haben israelische AnarchistInnen auch Zeit gefunden, mit einer Kundgebung vor der deutschen Botschaft in Tel Aviv ihre Solidarität mit den in Deutschland gefangenen AntifaschistInnen Andrea und Christian zu zeigen.
Am 30.6 haben sich 20 AktivistInnen vor der deutschen Botschaft in Tel Aviv versammelt um ihren Protest gegen die deutsche Regierung und ihre Solidarität mit dem antifascistischen Widerstand in Deutschland zu zeigen. Obwohl es viel mehr Polizei als Demonstranten gab, war die Stimmung gut, vor allem als vor kurzem gelernte Parolen auf deutsch gerufen wurden, die viele an ihren letzten Aufenthalt in Berlin errinerten.

Neben einem grossen Transparent worauf auf Hebräisch zu lesen war „Freiheit, ohne Zäune, ohne Grenze" gab es auch zwei Plakate auf Deutsch, die die eher lustige Situation (von einer israelischen Perspektive aus gesehen) in der deutschen Linke humorvoll kommentierten: „ Nie wieder Deutschland, Nie wieder Israel" und „ Gegen Antisemitismus, Gegen Zionismus". Außerdem gab es natürlcih auch ein Plakat auf Englisch „Free Christian and Andrea, Nazis raus" und eine grosse Antifa Fahne.



Gefangene werden gegen Überwachungskameras aktiv

Am 13. März 2008 verübten drei Gruppen von Gefangenen eine gemeinschaftliche und koordinierte direkte Aktion in einer Einheit des Texas Department of Criminal Justice in Navasota, TX in den USA.
Die drei Gruppen, jeweils eine in drei von vier Teilbereichen von Bereich C, maskierten sich mit selbst hergestellten Masken und zerstörten die jeweils 2000 Dollar teuren Überwachungskameras, welche erst kurz vorher in den Schlafsälen installiert wurden.
Ungeachtet des immensen Druckes von Seiten der Knastleitung zeigten sich alle 162 Inhaftierten der drei Teilbereiche

solidarisch, in Erwartung von harter kollektiver Bestrafung lehnten sie es ab auch nur einen ihrer Mitgefangen zu verraten.
Es wurde davon berichtet, das mindestens in einem der drei Bereiche vorher eine Versammlung stattfand, bei der die Aktion geplant, über die Auswirkungen diskutiert und über die Aktion abgestimmt wurde.
Diese Art von kollektiver, koordinierter direkter Aktion ist eine Seltenheit im drakonischen Knastsystem und die Solidarität der Gefangenen erzeugt zusätzlich Angst in den Herzen der Autoritären.
Mitte Mai wurden 16 neue Kameras installiert und zusätzliche Sicherheitsmassnahmen eingeführt, um zu verhindern, dass sich die Aktion vom März wiederholen wird.

Lasst uns hoffen, dass sich die Kraft der Rebellion fortsetzen und anwachsen wird.

Keine Beugehaftbeschlüsse gegen Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt und Knut Folkerts!

Demonstration zum Tag X!

Im April 2007 wurde gegen Stefan Wisniewski ein Ermittlungsverfahren wegen der Erschießung Bubacks und des versuchten Anschlags auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft (1977) eingeleitet. Anfang Januar diesen Jahres hat der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs einem Antrag der Bundesanwaltschaft auf Beugehaft gegen die drei ehemaligen Mitglieder der RAF stattgegeben, um sie zu Aussagen zu zwingen. Die Beschwerde, die die Betroffenen gegen diesen Beschluss eingelegt haben, ist im April zurückgewiesen worden. Endgültig entscheiden muss jetzt der Staatsschutzsenat des BGH.

Das staatliche und gesellschaftliche Rachebedürfnis gegenüber den Menschen, die in der RAF organisiert waren, ist ungebrochen. Verlangt werden Reue und Unterwerfung. Ehemalige Militante, die nicht Abbitte leisten, werden weiterhin verfolgt und denunziert. Brigitte Mohnhaupt und Knut Folkerts sollen nach 24 bzw. 18 Jahren Knast wieder unter Sonderhaftbedingungen inhaftiert werden. Christian Klars Freilassung würde sich um die Länge der Beugehaft nach hinten verschieben.

Hinter dem Beschluss der Justiz, die Drei in Beugehaft zu nehmen, steht das Interesse, sie medienwirksam für ihre Haltung abzustrafen, keine Genoss_innen und nichts an der Politik der RAF zu denunzieren, während die Geschichte des bewaffneten Kampfes weiter umgeschrieben und jeglichen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhangs beraubt wird. Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt und Knut Folkerts sollen in Beugehaft, während Buback als Verantwortlicher der Todesschussfahndung und des Todes von Holger Meins zum reinen Opfer von Terroristen mutiert und Schleyers Vergangenheit als ehemaliges Mitglied der SS verschwiegen wird.
Für Aussageverweigerung - gegen Beugehaft!
Keine juristische Abwicklung und Entpolitisierung linksradikaler Kämpfe und Geschichte!
Solidaritätsbündnis gegen Beugehaft Hamburg

Für die Einstellung der laufenden Verfahren Ermittlungsverfahren wegen Aktionen der RAF!
Freiheit für Christian Klar und Birgit Hogefeld!

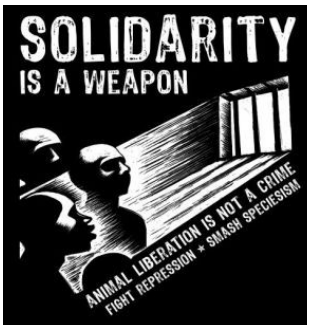
Demonstration einen Tag nach bekannt werden des Beschlusses vor der Roten Flora in Hamburg um 20 Uhr

Tierrechtsgefangene in Österreich bleiben weiterhin in Haft

Die U-Haftprüfungen der 10 in Österreich inhaftierten Tierrechtsaktivist_innen am 7.Juli 08 verliefen leider wie erwartet - die Untersuchungshaft wurde um weitere zwei Monate verlängert.
Eigentlich wollte das Oberlandesgericht bis zum Haftprüfungstermin über die bisher gestellten Haftbeschwerden entscheiden und somit den Haftprüfungstermin überflüssig machen. Doch das OLG lässt sich mehr Zeit als angekündigt und hat bis heute (14.7.08) keine Entscheidung über die Beschwerden der Gefangenen getroffen.
Da nicht zu erwarten ist, dass die Staatsanwaltschaft die Aktivist_innen gehen lässt und da das Landesgericht auf Seiten der Staatsanwaltschaft steht ist die Entscheidung des OLG momentan die letzte Hoffnung.
Sollte das OLG die U-Haftbeschwerde positiv entscheiden, bedeutet das allerdings eine sofortige Freilassung aller 10 AktivistInnen!

Aktuelle Infos findet ihr auf:
http://antirep2008.tk

Freiheit für alle!



Bericht von der Demo gegen die Repression in Österreich in Berlin

Am 2. Juli fanden sich am Breitscheidplatz in Berlin ca. 50 Demonstrant_innen ein, um im Rahmen des globalen Aktionstages für die Freilassung der 10 in Österreich inhaftierten Tierbefreiungs- und Tierschutzaktivist_innen zu demonstrieren.

Nach einer kurzen Auftaktkundgebung am Breitscheidplatz liefen die Demonstrant_innen lautstark durch die überfüllte Tauentzienstraße in Richtung Österreichische Botschaft. Dabei hallten Sprüche, wie „Freiheit für alle Politischen Gefangenen" und „Wir demonstrieren wo wir wollen - gegen Reressionen und Kontrollen" und kurze Redebeiträge, die die Situation in Österreich thematisierten, durch die Straßen.
An der Botschaft in der Stauffenbergstraße wurde nochmals ein Redebeitrag zur angeblichen Bildung einer kriminellen Organisation nach §278a in Österreich verlesen. Danach zogen die Demonstrant_innen weiter zum Potsdamer Platz um auch dort die Passant_innen aufzuklären und um die Abschlusskundgebung abzuhalten. Während der Abschlusskundgebung wurde dann auch ein Brief von Jan, einem der Gefangenen, verlesen.

Offener Brief von Jan

"Auch wenn die Mauern hoch, dick und mit Stacheldraht bewehrt sind, die Fenster vergittert und die Stahltüren versperrt sind, spüre ich hier drinnen die Solidarität und Unterstützung von draußen!

Vielen Dank an alle, die sich um uns kümmern, unsere Betreuungspflichten den Tieren, mit denen wir zusammenleben, gegenüber wahrnehmen, sich um eingetretene Türen, Zimmerpflanzen und Mieten kümmern, darum, dass wir Wäsche, Briefe, Besuche und Geld bekommen, dass wir regelmäßig Solidemos hören - und vielen Dank für alle, die sich für eine herrschaftsfreie solidarische Gesellschaft frei von Gewalt einsetzen!

Mir geht es trotz aller Widrigkeiten der Knastmonotonie gut, ich vermisse allerdings die Freiheit und vor allem ganz viele mir liebe Menschen und Tiere! Ich bekomme veganes Essen, inzwischen (nach Wochen) sogar Soja Milch, Aufstriche und Magarine. Die einzige Möglichkeit zur Bewegung ist der Hofgang - 1 Stunde pro Tag 50 Schritte im Kreis. Sonst bleiben nicht viele Möglichkeiten sich zu beschäftigen, etwa lesen, Briefe und Fernsehen. Ich habe nur zu sozialen Gefangenen Kontakt, ich bin im Moment mit 5 anderen auf der Zelle, der Umgang untereinander ist überwiegend solidarisch, Konflikte kommen kaum vor.

Eine politische oder rechtliche Einschätzung traue ich mir im Moment nicht zu, da ich weitgehend von Informationen und von den anderen Betroffenen völlig abgeschnitten bin. Sicher ist nur, dass "Knast" Dank der breiten Solidarität und Unterstützung von draußen aber auch aufgrund meiner Erfahrungen innerhalb der Mauern viel von seinem Schrecken, der ihm für mich immer angehaftet hat, verloren hat.

Ich hoffe es geht Euch da draußen gut! Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Knäste & Käfige!

Jan"

Ein Kommuniqué vom 05. Juli zu einer solidarischen Aktion mit den Gefangenen in Österreich

"An alle diejenigen, die ihre Freiheit für das der Tiere verloren haben (ÖsterreicherInnen...)

Sprengkörper wurden gegen ein Verwaltungsgebäude und gegen Kühl-LKWs der größten Farm für Versuchungstiere Frankreichs angewendet: Charles River France – Lieu-dit Les Oncins – 69210 Saint Germain sur L` Arbresle. Tel.: 04 74 01 69 69 (RENAUD Real, DRANSARD Thierry und MOLHO-Davide Andrea).

In diesem Lager wird jeden Tag eine unzählige Zahl von Kaninchen, Ratten, Affen und Meerschweinchen nach monate- und jahrelangen foltern, eingeäschert.
Andere werden gezüchtet, um an pharmazeutische Firmen wie Novartis, HLS, Sanofi usw. verkauft zu werden.
Solch ein barbarisches Foltern schafft Mehrwert, und Geld intensiviert ein solches System!

Wir sind mit euch noch nicht fertig... Der Anlass ist richtig und nichts kann die ALF stoppen: weder eure Millionen, noch Repression...

Nur ihr könnt die Entscheidung treffen ein solches Massaker zu beenden. Denk gut drüber nach Real (und deine Arschloch-Mörder-Freunde Thierry und David-Andrea), weil eure Entscheidung wird harte Folgen nach sich ziehen.

Das sollte klar sein: wir reden über die Gesamtheit der Tierversuchsindustrie.

ALF"

Es brennt im Abschiebeknast

MEUTEREI DERER, DIE NICHTS ZU VERLIEREN HABEN

Infolge einer Revolte der dort gefangenen „unerwünschten Einwander" brannte eine Abschiebehaftanstalt in Vincennes, vor den Toren von Paris bis auf die Grundmauern nieder. Dieses Ereignis vom vergangenen Sonntag (22. Juni) gibt seit Tagen Anlass zu einer heftigen innenpolitischen Polemik in Frankreich. Eine in der vergangenen Woche verabschiedete Richtlinie der Europäischen Union sieht unterdessen eine unionsweite Tendenz zur Vereinheitlichung der Abschiebepraktiken vor. Könnte es morgen in der ganzen EU zu Aufständen von Verzweifelten, die meinen, „nichts mehr zu verlieren zu haben", kommen?

Eine „Häufung von Zwischenfällen solcher Art" vermutet der sozialdemokratische Minister, und frühere Minister für europäische Angelegenheiten, Pierre Moscovici für die nahe Zukunft. Der Ausdruck „Zwischenfälle solcher Art" bezeichnet Revolten, Meuterei und Aufstände in jenen Zentren, in denen „unerwünschte Einwanderer" aus anderen Weltgegenden festgehalten werden - um ihre Entfernung vom Staatsgebiet vorzubereiten. Eine Revolte, wie sich etwa am vergangenen Sonntag ereignete, als ein solches Zentrum im Bois de Vincennes - dem Stadtwald vor den Toren von Paris - bis auf die Grundmauern niederbrannte. Es brannte aus, weil die Insassen der Anstalten rebelliert und ihre Matratzen in Brand gesteckt hatten. Jetzt beschuldigen sich die Opposition, die darin eine Folge der harten Regierungspolitik gegen Zuwanderer sieht, und das konservative

Regierungslager gegenseitig. Aus den Reihen des konservativ-liberalen Blocks hat nunmehr ein hochrangiges, junges Streberarschloch die Unterstützer der unerwünscht im Lande sich im Lande Aufhaltenden inzwischen als „quasi-terroristisch" bezeichnet (vgl. http://nantes.indymedia.org/attachments/jun2008/jeunesumpresf.mp3 , Ausführlicheres dazu s. unten). Aber der Reihe nach.

Abschiebehaft: Freiheitsentzug, „aber keine Bestrafung"

Mangels eines besseren Ausdrucks werden solche Einrichtungen wie die jetzt abgebrannte im Folgenden als „Abschiebegefängnisse" bezeichnet. Dieser deutschsprachige Begriff entspricht nicht der französischen Bezeichnung - centre de rétention administrative, wörtlich „Zentrum der Verwaltung zum Festhalten (von Personen"). Das geltende französische Rechtsverständnis unterscheidet strikt zwischen Gefängnissen, in denen Verurteilte ihre von einem Gericht verhängte Strafe absitzen, einerseits und solchen „administrativen Verwahrungszentren" andererseits. Sitzen doch in letztgenannten Anstalten überwiegend Menschen, die sich nichts anderes haben zuschulden kommen lassen, als den „falschen" Ausweis zu besitzen und sich in einem Land aufzuhalten, dessen Behörden ihnen nicht das Recht dazu erteilen möchten. Obwohl das geltende französische Recht ihre - notfalls erzwungene - „Entfernung" (éloignement) vom Staatsgebiet als gesetzmäßig erachtet, betrachtet es dennoch die Periode, die zwischen dem Ergreifen einer „illegal" im Lande sich aufhaltenden Person und der Durchführung ihrer Abschiebung

erforderlich ist, nicht als Haftzeit. Liegt diesem „Festhalten" doch kein Vergehen oder Verbrechen - und eine infolgedessen verhängte Strafe - zugrunde. Sondern lediglich die technische „Notwendigkeit", die Person eben einzusperren, damit sie sich ihrer „Entfernung" wider Willen nicht entzieht.

Dieses Rechtsverständnis überwog bislang auch in der Mehrzahl der EU-Länder. Umgekehrt wird der „Gewahrsam vor der Abschiebung" in einem Teil der deutschen Bundesländer sowie in Irland auch offiziell als „Abschiebehaft" bezeichnet und in - speziellen oder auch nicht spezialisierten - Gefängnissen zugebracht. (Vgl. http://fr.news.yahoo.com)

In der Praxis bedeutet dies freilich für die Betroffenen in Frankreich unter Umständen auch, dass sie bestimmte Rechte, die per Gesetz den Strafgefangenen zuerkannt worden sind, nicht wahrnehmen dürfen - mit dem Argument, ihre „Verwahrung" sei eben keine Haft. Auf der anderen Seite ist die Periode, während derer eine Person in „Administrativverwahrung" festgehalten werden darf, bislang in Frankreich relativ kurz. Die geltende französische Gesetzgebung befristet sie auf 32 Tage.

Aber dies könnte sich demnächst ändern. Wohl auch aus diesem Grunde, und aufgrund der starken Erhöhung der Zahl der durchgeführten Abschiebungen seit dem Amtsantritt von Präsident Nicolas Sarkozy, rechnen Oppositionspolitiker wie der oben zitierte Moscovici mit der zukünftigen Häufung von „Zwischenfällen".

EU-Richtlinie zur Angleichung: Anpassung an das übeleste „Rechts"verständnis von allen:…

Am Mittwoch, den 18. Juni 08 nahm das Europäische Parlament - nach monatelangem politischem Tauziehen zwischen den Fraktionen im Europaparlament, sowie zwischen ihnen und der Brüsseler Kommission - die so genannten „Rückkehr-Richtlinie" an. Es handelt sich dabei um einen Text, der eine tendenzielle Vereinheitlichung der Abschiebepraktiken für unerwünschte Einwanderer in den verschiedenen Mitgliedsländern der Union herbeiführen soll. Denn sowohl die Dauer der Abschiebehaft bzw. des „administrativen Festhaltens" ist in den unterschiedlichen EU-Staaten ausgesprochen unterschiedlich geregelt. Bei dem jetzt verabschiedeten Text handelt es sich zwar angeblich um eine „Kompromissfassung", nachdem Bürgerrechtsinitiativen, Solidaritätsverei nigungen und linke Gruppen monatelang gegen den Entwurf der EU-Kommission Sturm gelaufen waren. Und doch liegt ihm eine Logik der Angleichung zwischen den Mitgliedsstaaten zugrunde, die - falls sie denn durchgeführt wird - zu einer Anpassung der übrigen Länder an jene mit dem härtesten Rechtsverständnis führen müsste.

…nämlich das deutsche

So definiert die neue europäische Richtlinie etwa eine zulässige Höchstdauer der Abschiebehaft bzw. des „administrativen Festhaltens". Letztere beträgt nun, laut Richtlinie, 18 Monate. Das entspricht dem geltenden Rechtsstand in nur zwei EU-Ländern: in Deutschland sowie in Italien - dort aber erst seit kurzem, nämlich seit dem Amtsantritt der Berlusconi-Regierung. Zuvor hatte ihre Dauer in Italien noch einen Monat betragen.

In 16 Staaten der EU dagegen gelten derzeit noch Regelungen, die eine zulässige Höchstdauer unterhalb von 18 Monaten vorsehen. In Frankreich (mit 32 Tagen) sowie, bis vor kurzem, in Italien ist diese Dauer mit am kürzesten. Das in diesen Ländern herrschende Rechtsverständnis

besagt, dass eine Person überhaupt nur in Abschiebehaft bzw. „Administrativverwahrung" gehalten werden darf, um - möglichst schnell - ein geeignetes Transportmittel und (falls erforderlich) gültige Reisedokumente für ihre erzwungene Rückreise zu besorgen. Auf keinen Fall aber solle sich dieses Festhalten in einen Dauerzustand, eine Art Haft ohne zuvor begangenes Verbrechen, verwandeln.

Sieben EU-Staaten sahen bisher keine gesetzliche Begrenzung der Abschiebehaftdauer vor. Lediglich in diesen Ländern könnte die neue Richtlinie eventuell zu einer Verbesserung der Situation führen. Allerdings ist die neue Richtlinie für Großbritannien, als das wichtigste Land ohne gesetzliche Begrenzung dieser Dauer, nicht rechtsverbindlich. Denn ebenso wie Irland gehört es nicht dem seit 1995 geltenden „Schengener Abkommen" über gemeinsame Grenzkontrollen an.

In allen anderen Ländern könnte die EU-Richtlinie dazu herhalten, die Situation erheblich zu verschärfen. Zwar dient diese offiziell lediglich dazu, „Mindeststandards" zu definieren - hindert also einzelne Mitgliedsländer nicht daran, selbst bessere Rechtsstandards zu garantieren. Nur ist fraglich, ob deren Regierungen das noch wünschen, wo doch nunmehr ein europaweit definierter „Standard" definiert worden ist. Das Beispiel Italien, wo die neue Rechts-Rechts-Regierung unter Silvio Berlusconi und den Rassisten von der Lega Nord in Blitzeseile die zulässige Höchstdauer der Abschiebehaft von einem Monat auf 18 Monate - den neuen „EU-Standard" - angehoben hat, könnte Schule machen. Allerdings hat der „Einwanderungsminister" der französischen Regierung, Brice Hortefeux, zu Anfang dieser Woche noch zugesagt, in seinem Lande werde es zu keiner Erhöhung der zulässigen Höchstdauer von derzeit 32 Tagen kommen (vgl. http://news.google.fr) Doch ist fraglich, ob dies auch längerfristig so bleiben wird. Denn im Jahr 2003 hatte die regierende Rechte in Frankreich selbst diese gesetzlich zulässige Dauer auf zwei Monate anheben wollen - zuvor hatte sie noch zehn Tage betragen. Allerdings scheiterte sie damals noch am Widerstand des französischen Verfassungsgerichts. Letzteres könnte allerdings seine Position, mit Blick auf das geltende neue EU-Recht, möglicherweise ändern.

Unterdessen blockiert die deutsche Regierung - an deren besonders üble „Rechts"position sich die EU-Vorschriften mittels der neuen Richtlinie zu den Abschiebungen nun angepasst haben - eine Angleichung der Gesetzgebung zwischen den europäischen Staaten auf einem anderen, dicht daneben gelegenen Gebiet. Denn käme es dazu, dass die jeweiligen nationalen Vorschriften zur Erteilung des Asylrechts bzw. Flüchtlingsstatus ebenfalls aneinander angeglichen werden, so würde dies ZUMINDEST für Deutschland durchaus eher einen Fortschritt (aus Sicht der betroffenen Menschen) darstellen. Im Unterschied zur jetzt vorgenommenen Angleichung auf dem Gebiet der Abschieberegelungen, die (jedenfalls potenziell) eine Quelle des Rückschritts überall bildet, müsste Deutschland im vorgenannten Falle nämlich einen Teil der Rechtspositionen von Asyl suchenden Einwanderern verbessern. Seit der Grundgesetz-Änderung vom 26. Mai 1993 zum Artikel 16 war das Asylrecht in Deutschland nämlich derart nach unten hin revidiert worden, dass es damit auch im Vergleich zu einer Reihe anderer EU-Länder ziemlich schlecht dasteht. Aber just auf diesem Feld blockiert die deutsche Bundesregierung bislang die Rechtsangleichung... (Vgl. www.taz.de)

Proteste gegen die „Richtlinie der Schande"

Dass auch der als repressiv geltende französische Minister Hortefeux derzeit beim geltenden inländischen Recht bleiben möchte, hängt auch damit zusammen, dass er innenpolitisch mächtig unter Druck steht. In Frankreich existierte nämlich eine der stärksten Protestbewegungen gegen die Verabschiedung der neuen Richtlinie, die von Bürgerrechtsgruppen und Solidaritätsinitiativen allgemein nur als „Richtlinie der Schande" (directive de la honte) bezeichnet wurde. (Vgl. http://eemnews.umc-europe.org)

Im Visier der Kritiker stand nicht nur die Anhebung der Höchstdauer der Abschiebehaft - die laut den Anhängern der „Kompromissfassung" nur für die Fälle gelten soll, wo Schwierigkeiten bei der Organisierung der erzwungenen Rückreise auftauchen, „wenn die Person oder aber die Behörden ihres Herkunftslands nicht kooperieren". Menschenrechtsvereinigungen kritisierten auch die durch die Richtlinie neu eingeführte Bestimmung, wonach einmal abgeschobene „unerwünschte Zuwanderer" mit einem fünfjährigen Einreiseverbot in die gesamte EU belegt werden können. Zudem erlaubt die Richtlinie grundsätzlich auch, Kinder und Jugendliche in Abschiebehaft zu halten, und sieht nur schwammig formulierte Einschränkungen vor - wie die Bedingungen, ihre Verweildauer dort solle „so kurz wie möglich" gehalten werden.

Internationaler Protest

Nicht nur oppositionelle Gruppen in Europa protestierten gegen die Verabschiedung der neuen Richtlinie, sondern auch eine Reihe ausländischer Regierungen. Am lautstarksten meldeten sich die lateinamerikanischen Regierenden zu Wort (vgl. http://bellaciao.org/fr/spip.php?article68074). Während der venezolanische Präsident Hugo Chavez - der allerdings dafür bekannt ist, dass seine starken Sprüche keineswegs immer von Taten gefolgt werden - den EU-Ländern einen Öllieferstopp androhte, kündigte Ecuador unter Rafael Correa an, seine konsularischen Vertretungen im Ausland würden bei Abschiebungen nicht kooperieren. Etwa durch die Ausstellung von Reisedokumenten, ohne die eine Person nicht abgeschoben werden kann, die keinen Reisepass bei sich führt.

Ferner forderte Boliviens Staatsoberhaupt Evo Morales die afrikanischen Staaten auf, sich dem Protest anzuschließen. Deren Regimes haben sich allerdings kaum vernehmlich protestiert, unter anderem wohl, weil viele von ihnen finanziell und politisch stark von Frankreich oder anderen EU-Ländern abhängig sind. Oder aber weil die einheimischen Potentaten ihre finanziellen Interessen hauptsächlich in Europa haben, wo ihre Guthaben gebunkert sind und wo sie - im Falle eines Sturzes oder sonstigen Abgangs - einen ruhigen Lebensabend zu verbringen gedenken.

Die Revolte im Abschiebegefängnis vor den Toren von Paris hängt allerdings nicht direkt mit diesen internationalen Ereignissen zusammen. Vielmehr resultierte sie aus den inneren Spannungen, die seit längerem in der Anstalt herrschten. In einem offiziellen Untersuchungsbericht vom 5. Juni dieses Jahres war für den Fall eines weiteren Anstiegs der Spannungen übrigens bereits eine Meuterei oder Revolte vorhergesagt worden (vgl. www.ouest-france.fr). Nur ist die Prophezeiung möglicherweise früher eingetreten, als die Nationale Kommission zur Kontrolle der Abschiebegefängnisse - von der dieser Untersuchungsbericht stammt - es wohl vermutet hätte.

Aber was ist nun eigentlich am vergangenen Sonntag passiert?

Abschiebezentrum in Flammen

Die Anwesenden trauten zunächst ihren Augen nicht. Zunächst nur rund 40 Personen, später 150 bis 200 Personen waren am Sonntag Nachmittag zu einer - relativ spontan anberaumten - Protestkundgebung vor dem Abschiebegefängnis im Bois de Vincennes, dem Stadtwald südöstlich von Paris, versammelt. Anlass war der Tod eines 41jährigen Tunesiers mit Namen Salem Essouli am Samstag. Er starb laut offiziellen Angaben der Pariser Polizeipräfektur an Herzversagen. Der tunesische Staatsbürger war laut Angaben seiner Mithäftlinge chronisch krank und hatte am Samstag um 15 Uhr den Zugang zu Medikamenten verlangt. Vergeblich. Um dieselbe Zeit hatte ein ebenfalls in der Abschiebehaftanstalt festgehaltener Ägypter einen Selbstmordversuch begangen, indem er Eisendrähte verschluckte, um seiner für diese Woche angesetzten Abschiebung zu entgehen. Das „Netzwerk Erziehung ohne Grenzen" (RESF, Réseau éducation sans frontières), das hauptsächlich Kinder und Jugendliche vor drohenden Abschiebungen - zusammen mit ihren Familien - versteckt, hatte für den darauffolgenden Nachmittag zur Protestversammlung vor den Toren des Abschiebegefängnisses aufgerufen.

Und plötzlich stieg, gegen 16 Uhr, dicker Rauch aus den Dächern der beiden Gebäude der Abschiebehaftanstalt auf.

Und alsbald züngelten auch Flammen aus einem der Dächer. Binnen weniger Minuten brannte eines der beiden Gebäude aus, das Dach brach nach innen hin ein, und nur noch die Mauern blieben stehen. Der andere Bau hingegen kokelte rund zwei Stunden vor sich, bis auch dort dasselbe Ergebnis eintrat. Am frühen Sonntag Abend blieben von den beiden kasernenähnlichen Gebäuden der Abschiebehaftanstalt, die auf dem Gelände einer Polizeischule im Bois de Vincennes liegt, nur noch aschgraue kahle Mauern übrig. (Vgl. dazu folgende Bilder: www.rue89.com)

Unterdessen drangen Schreie aus dem Inneren der beiden Gebäude. Bei der Polizei schien nackte Panik zu herrschen, behelmte und bewaffnete Bereitschaftspolizisten der CRS liefen hin und her. Gruppenweise wurden Insassen der Abschiebehaftanstalt in die Turnhalle und in den Innenhof geführt und argwöhnischen Auges überwacht, unter der Drohung, jederzeit Tränengas gegen sie einzusetzen, falls sie eine falsche Bewegung unternähmen. Dort waren sie aber weiterhin der Rauchentwicklung infolge des Brandes ausgesetzt. Mehrere Personen mussten mit Rauchvergiftung ins Freie transportiert werden. Dagegen haben es allem Anschein nach (einzelne) Abschiebehäftlinge doch geschafft, die Gelegenheit zu nutzen, die Beine in die Hand zu nehmen und in die Freiheit zu entkommen. Am Sonntag Abend wurde ihre Zahl zunächst auf 56 geschätzt, doch

am Montag wurde sie lt. offiziellen Angaben auf 14 herunter korrigiert. Am Dienstag gab die Polizeipräfektur von Paris dann an, „nach dem letzten Appell" habe sich herausgestellt, dass doch nur ein Abschiebehäftling - ein ägyptischer Staatsbürger - entkommen sei. Aber möglicherweise möchte die Präfektur auch nur nicht öffentlich einräumen, wie viele „Abschüblinge" ihr in Wirklichkeit durch die Lappen gegangen sind, um jegliche „Anstiftungswirkung" zu unterbinden.

Die übrigen - jene, die nicht abhauen konnten - wurden auf Abschiebehaftanstalten in ganz Frankreich, vom nordfranzösischen Lille über Palaiseau (im Pariser Umland) bis hinunter ins südliche Nîmes. Aufgrund „fehlerhaften Verfahrens" bei der Überstellung ließen französische Gerichte daraufhin am Dienstag 12 Abschiebehäftlinge auf freien Fuß: Bei ihnen die obligatorische Rechtsbelehrung unterblieben. Oder sie hätten am folgenden Tag einen vom Gesetz zwingend vorgeschriebenen Termin zur Vorführung vor einem Richter, der über ihre Freilassung oder weitere Festhaltung entscheiden sollte, gehabt – der infolge der Überstellung in andere Abschiebehaftanstalten ausfiel.

Allerdings dürften die französischen Behörden nun in naher Zukunft einen Engpass bei den landesweit zur Verfügung stehenden Plätzen in den Abschiebehaftanstalten antreffen. Die Anstalt von Vincennes war die mit Abstand gröbte in ganz Frankreich.

Stress und Spannungen

Der Brand war das Ergebnis einer Revolte im Inneren der Abschiebehaftanstalt: Der Selbstmordversuch des Ägypters und der Tod des herzkranken Tunesiers waren für viele Insassen nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Insassen hatte ihre Matratzen in Brand gesteckt - mutmaßlich ohne im ersten Augenblick zu ahnen, dass sie dadurch ein solches Feuer auslösen und die ganze Anstalt abfackeln würden.

Die zuvor herrschende Situation im Inneren wird als seit Tagen und Wochen angespannt beschrieben. Das Centre de rétention administrative fasst 280 Plätze und war zum Zeitpunkt des Brandes mit 248 belegt. Damit herrschte zwar formal keine Überbelegung, wie sich die Regierung auch zu Wochenanfang - in einem „Dementi gegen die Anschuldigungen der Solidaritätsinitiativen" - beeilte zu betonen. Dennoch ist eine Anstalt wie die im Bois de Vincennes, die administrativ zum 12. Pariser Bezirk gehört, im Prinzip nicht für so viele Personen ausgelegt: Normalerweise darf sie nach französischen Vorschriften nur die Hälfte, 140 Personen, fassen. Das Abschiebezentrum im Pariser Stadtwald war jedoch vor zwei Jahren vergrößert worden, nachdem das so genannte „Ausländerdepot" - auch als „Mausefalle" bekannt - in den Kellergeschossen unterhalb der Pariser Polizeipräfektur (neben dem Justizpalast auf der Stadtinsel Ile de la Cité) nach jahrelanger Ankündigung endlich geschlossen worden war. In den unterirdischen Räumen hatten derart unerträgliche Zustände geherrscht, dass es seit Jahren durch Journalistenberichte und durch Solidaritätsinitiativen angeprangert worden war. Im Gegenzug wurde allerdings die Aufnahmekapazität der ach so schönen „modernen" Anstalt im Bois de Vincennes stark ausgebaut. Und das ist noch nicht alles: Im anderen Abschiebeknast im Pariser Raum, in Le Mesnil-Amelot in der Nähe des Flughafens von Roissy, sind derzeit zusätzliche Räume auf einer Fläche von 17.000 Quadratmeter zusätzlicher Räume in Bau.

Bedenkliche hygienische Zustände

Zur starken Auffüllung der Abschiebehaftanstalt kommen oft noch schwere menschliche Situationen und hygienische Verhältnisse hinzu. Wie die Wochenzeitung ‚Le Canard enchaîné' im April enthüllte, hatte etwa die Firma GEPSA – eine Filiale des Multikonzerns Suez -, die seit dem 1. Januar 2007 als Subunternehmen mit der „Betreuung" der Abschiebehäftlinge, der Lieferung von Bettwäsche und Kantinenesse betraut worden war, entschieden, die Bettlaken und Decken nur alle vier Monate auszuwechseln. Um Kosten zu sparen. Neuankömmlinge bekamen stinkende und abstobende Bettwäsche in die Hand gedrückt, viele von ihnen schliefen auf Matratzen auf dem Boden. Dies rief einen Skandal hervor - aber derjenige Angestellte, der „ausgepackt" und die unmöglichen Zustände beschrieben hatte, wurde fristlos entlassen. (Vgl. auch http://detoxinfo.over-blog.com , Eintrag vom 18. April 2008) Das Unternehmen berief sich darauf, den Auflagenkatalog der Pariser Polizeipräfektur – der die Abschiebehaftanstalt untersteht, die aber ihre konkrete Verwaltung an Privatunternehmen weitergegeben hatte – „nicht richtig gelesen zu haben". Welch bedauerlicher Irrtum. Tatsächlich steht in dem Auflagenkatalog, den das Subunternehmen sozusagen nicht richtig interpretiert hat, dass - zumindest - bei jeder Ankunft eines neuen Insassen die Bettwäsche gewechselt werden solle.

Schon zu Jahresanfang war es infolge der starken Anspannung unter den Abschiebehäftlingen zu Revolten und Hungerstreiks gekommen. Am 11. Februar setzten die Polizeikräfte dabei den „Taser" gegen Abschiebehäftlinge ein. (Vgl. Vgl. dazu www.vacarme.eu.org/article1623.html und www.rue89.com) Dabei handelt es sich um ein elektrisches Gerät, das „Aufrührern" starke Stromstöße versetzt - und das in Nordamerika von Menschenrechtsorganisationen beschuldigt wird, 150 Tote in den USA und Kanada bei polizeilichen Einsätzen hinterlassen zu haben. Ob das Gerät deswegen als gefährlich bezeichnet werden darf, muss demnächst in Frankreich in einem Prozess geklärt werden: Das französische Unternehmen, das die Apparate hierzulande ausliefert, hatte gegen den linksradikalen Politiker Olivier Besancenot geklagt - weil der Präsidentschaftskandidat vom letzten Jahr behauptet hatte, dass der „Taser" töten könne, und sich dabei auf die Angaben US-amerikanischer NGOs berief.

Die Solidaritätsinitiativen reagierten sofort auf die Ereignisse vom Sonntag, unterstützten die Revolte und prangerten die Abschiebepolitik unter Präsident Nicolas Sarkozy (der ein jährliches Kontingent von 25.000 „effektiv durchgeführten Entfernungsmaßnahmen" angeordnet hat) als verantwortlich an. U.a. die Antirassismusbewegung MRAP, die französisch-tunesische „Vereinigung für Bürgerrechte auf beiden Ufern (des Mittelmeers)" FTCR und andere Verbände riefen für den Dienstag zu einer Solidaritätskundgebung vor den Mauern des abgebrannten Abschiebeknasts auf, an der mehrere Hundert Menschen teilnahmen.

Unterdessen beschuldigte die konservative Regierungspartei UMP das „Netzwerk Erziehung ohne Grenzen" RESF, die Abschiebehäftlinge durch ihre Solidaritätsdemos „aufzuwiegeln" und dadurch „Menschenleben zu gefährden" – so der Parteisprecher Frédéric Lefevbre. Dies führte am Montag zu einer heftigen innenpolitischen Polemik, während sich Abgeordnete der UMP und der französischen KP im Innenhof der abgebrannten Abschiebehaftanstalt gegenseitig beschimpften. Den Vogel schoss jedoch der nationale Sprecher der UMP für die Jugendlichen, David Weiss, ab - indem er das „Netzwerk Erziehung ohne Grenzen" gleich als „quasi terroristische Bewegung" bezeichnete. (Vgl. http://nantes.indymedia.org)

von Bernard Schmid
Quelle: www.trend.infopartisan.net

Redebeitrag von ABC Berlin - vorgetragen auf der Demo am 10. Juli in Berlin

Erneut mehrere Todesfälle in Berliner Knästen

Nachdem Gisela von der Aue in einer Anfrage von Dirk Behrendt feststellte, dass es in den Berliner JVA´s bis April zu keinem offiziellen Suizid kam, gab es seit dem 30.05.2008 gleich drei. Neben den drei Suiziden kam es zwischen Januar und April in den Berliner JVA´s zu zwei „natürlichen" Todesfällen.

In der Nacht vom 29. auf den 30.05. hat sich ein 18-Jähriger im Polizeigewahrsam Tempelhof erhängt. Für ihn war dies sein zweiter Knastaufenthalt und schon der erste war für ihn ein schockierendes Erlebnis. Auch wenn der Polizeipräsident Glietsch danach erklärte, das dieser Suizid auf eine „Kurzschlußreaktion" zurückzuführen sei, sagen wir, das Knäste dafür geschaffen sind Menschen kaputt zu machen und Menschen, die diesem Druck nicht standhalten keine „Kurzschlußreaktionen" begehen, sondern von der Systematik der Knastlogik ermordet werden.

Schon drei Tage später erhängte sich ein 24-Jähriger in der JVA Moabit, auch über diesen Fall ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt geworden.

Wie am 19.06.08 bekannt wurde, brachte sich am 18.06.08 ein Mann in der JVA Plötzensee um. Der Mensch wurde in den frühen Morgenstunden tot aus der JVA geschafft. Bei ihm soll es sich um einen Obdachlosen handeln, er hatte wohl nur eine geringe Haftstrafe (ein wenig mehr als einen Monat) abzusitzen. Auch bei diesem Fall erfuhr die Öffentlichkeit kaum etwas zu den Hintergründen. Dies könnte daran liegen das Gisela von der Aue seit November 2006 von sich aus keine Todesfälle in Haft mehr bekannt gibt. Deshalb liegt es einmal mehr an uns allen eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, informiert euch und andere.

Wir wollen deshalb an dieser Stelle auch noch an den Selbstmord am 22. Juni 2008 in der JVA Aichach erinnern. Dort nahm sich Frau Ludthard, die für den Bau vom Bombenattrappen, mit denen sie gegen den Irakkrieg protestieren wollte, verurteilt worden war, das Leben. In der Haft verhielt sie sich unbeugsam und ließ sich nicht einschüchtern. So wurde sie zahlreichen Schikanen ausgesetzt .

Mit dem Eingesperrt -Sein und den Schikanen kam sie psychisch nicht zurecht. Offensichtlich zündelte sie immer wieder, um sich mit Hilfe des giftigen Rauchs umzubringen. Zum Glück ohne Erfolg. Am 22. Juni hatte Frau Luthardt nicht gezündelt. Sie wurde erhängt in ihrer Zelle gefunden.

Ab dem 1. August wird es in Deutschland einen bundesweiten Hungerstreik der Gefangenen geben um gegen die unmenschlichen Bedingungen der Gefängnisse zu protestieren. Schon jetzt haben über 470 Gefangene angekündigt an diesem teilzunehmen. Lasst uns gemeinsam für die Forderungenen der Gefangenen draußen eine Öffentlichkeit schaffen.

Knäste zu Baulücken!

Veranstaltungen in Norddeutschland

ABC-Cafe in Norddeutschland
Ab Juli werden wir vom ABC-Orkan regelmäßig alle 2 Monate das ABC-Cafe im LIZ (Libertaeres Zentrum im Karolinenviertel) in Hamburg veranstalten. Bei diesem wollen wir in gemütlicher Atmosphere bei Snacks und Getränken über Gefangene berichten,Briefe schreiben,Filme gucken uvm. Ihr könnt euch am Infotisch mit Broschüren zu Antiknast,Anarchismus usw. eindecken. Außerdem werden wir die neue Entfesselt immer beim Cafe verteilen.

Die nächsten Termine sind also:
11. Juli
12. September
14. November

Wir freuen uns euch zu sehen!

weitere Termine:

30. August internationaler Aktionstag gegen die Repression in Neuseeland (*www.october15thsolidarity.info/de*)

einen Tag nach Bekanntwerden des Beugehaftbeschlusses gegen die ex-Mitglieder der RAF -> Demonstration um 20 Uhr vor der Roten Flora/HH

26.-28. September No Prison! No State! internationales Anti-Knast Wochenende in Kiel

Veranstaltungen in Wuppertal und Düsseldorf

Freitag, 12.09.08 in Wuppertal

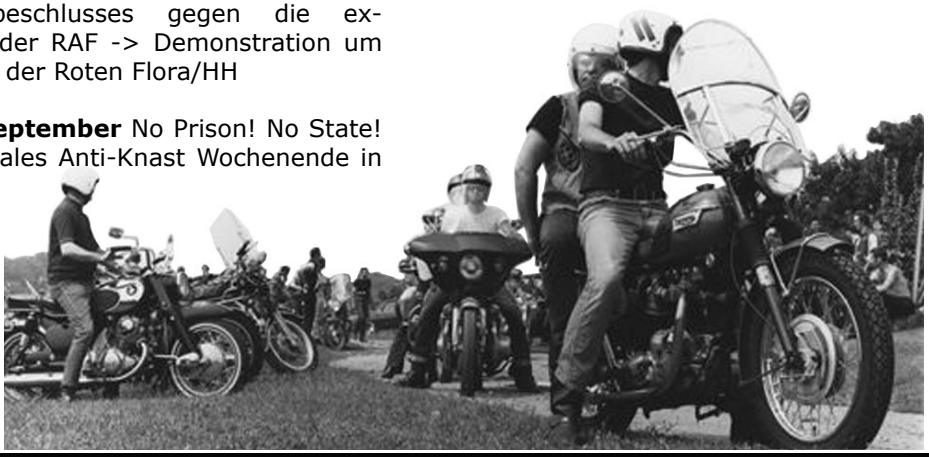
Hachazo und ein, zwei weitere Bands.....

ab 20 Uhr im
Autonomes Zentrum
Wuppertal Elberfeld
Markomannenstr. 3

Samstag 13.09.08 in Düsseldorf

HACHAZO und ESTRELLA NEGRA
Punk / Hardcore Konzert
Eintritt: 5 Euro

ab 19.30 Uhr im
Linkes Zentrum „Hinterhof"
Corneliusstr. 108 in Düsseldorf
Düsseldorf



ABC

ABC-Orkan
Infoladen
Hansastr.48
24118 Kiel
abc-orkan@riseup.net

ABC Berlin
c/o M99 - 1. Stock
Manteuffelstrasse 99
10997 Berlin
www.abc-berlin.net
mail@abc-berlin.net